

GI Leitsätze

Zugangsnachweis / Telefaxprotokoll

Der Nachweis eines Zugangs per Telefax kann nicht durch den Beweis des Absendens geführt werden.

(OLG München, Urt.v. 16.12.1992 – 7 U 5553/92 – NJW 1993, 2447)

1. Telefaxsendeprotokolle begründen nur ein Indiz für den Zugang eines Schreibens, weil Sendeprotokolle durch Manipulationen am Sendegerät bzw. durch Einschaltung eines zweiten Telefaxgerätes hinsichtlich der Empfängererkennung beliebig hergestellt werden könnten.
2. Bestreitet der angebliche Empfänger der Telefaxsendung deren Zugang unter Vorlage eines sog. Kommunikationsjournals oder eines vergleichbaren Protokolls, welches das angeblich gesendete Telefax nicht als eingegangen ausweist, so genügt die Vorlage eines Sendeprotokolls nicht zum Beweis des Zugangs. (Leitsätze der Redaktion)

(LG Darmstadt, Urt.v. 17.12.1992 – 9 O 170/92 – NJW 1993, 2448)

Entgangene Steuervergünstigung/Architektenhaftung/Wohnflächenbegrenzung

1. Wird ein Architekt mit der Errichtung von steuerbegünstigtem Wohnraum beauftragt, haftet er für die Steuernachteile, die entstehen, weil die Wohnflächenhöchstgrenzen nicht überschritten sind.
2. Ein Mitverschulden des Bauherrn scheidet grundsätzlich aus, außer wenn dieser annehmen mußte, daß der Architekt nicht in der Lage sei, die Berechnung ordnungsgemäß durchzuführen.

(OLG Köln, Urt.v. 16.6.1993 – 11 U 37/93 – AfF 1993, 1188)

Anmerkung:

Dieser Fall betrifft den Fragenbereich der Grundsteuer und Grunderwerbsteuer, der in den vergangenen Jahren von Bedeutung war. Die Steuerbegünstigung ist zwischenzeitlich gestrichen worden. Bei dem Beklagten handelte es sich um einen Fachanwalt für Steuerrecht. Das Gericht war zu Recht der Auffassung, daß die Einhaltung von Wohnflächengrenzen primär den Berufsbereich des Architekten trifft. Spezifische Kenntnisse im Steuerrecht erfordert dies nicht.

Überlassung des Kundenstamms / Steuerberatungspraxis / verdeckte Gewinnausschüttung / Praxisverkauf

1. Die Überlassung des Kundenstamms einer Steuerberaterpraxis an eine Steuerberatungs-GmbH gegen Entgelt kann ein Praxisverkauf sein.
2. Zahlungen für die Überlassung des Kundenstammes müssen nicht zu verdeckten Gewinnausschüttungen führen.

(FG Saarland, Urt.v. 30.3.1993 – 1 K 168/92, StB 1993, 301)

Notarhaftung

- Prüfung der Vertretungsmacht
- Ursachenzusammenhang
- Schutzzweck

(BGH, Urt. v. 27.5.1993 – IX ZR 66/92)

Leitsätze:

1. Der Notar hat bei der Beurkundung eines Grundstückskaufs zu prüfen, ob der ausländische Käufer (hier: Gesellschaft des britischen Rechts) ordnungsgemäß vertreten wird.
2. Im Rahmen seiner allgemeinen Betreuungspflicht muß der Notar, wenn besondere Umstände das Scheitern des zu beurkundenden Grundstückskaufvertrages nahelegen, den Verkäufer darauf hinweisen, daß eine anderweitige Veräußerung des Grundstücks durch eine zugunsten des ausländischen Käufers eingetragene Vormerkung behindert werden kann.

Tatbestand:

Die Klägerin verlangt vom beklagten Notar Schadenersatz wegen Amtspflichtverletzung.

Am 17.12.1986 beurkundete der Beklagte einen Vertrag, in dem die Klägerin ihr Hausgrundstück in B. H. der G. Ltd. in L., vertreten durch M. G. aus F., für 2,6 Mio DM verkaufte. Die Beteiligten erklärten die Auflassung, die Klägerin bewilligte zur Sicherung des Anspruchs auf Eigentumsübertragung eine Vormerkung im Grundbuch. Mit deren Eintragung am 28.1.1987 wurde der Kaufpreis vertragsgemäß fällig.

Der Kaufpreis wurde nicht bezahlt. Die G. Ltd., die seit 1982 im Gesellschaftsregister von C./Großbritannien eingetragen war, wurde aufgrund eines von Amts wegen ab September 1986 betriebenen Verfahrens am 17.2.1987 gelöscht. G. war schon bei Vertragsschluß vermögenslos.

Am 17.12.1986 – nach Beurkundung des Kaufvertrages – und am 12.9.1987 erteilte die Klägerin G. jeweils eine Generalvollmacht. Damit ließ G. auf dem verkauften Grundstück der Klägerin Grundschulden eintragen, nahm unter Abtretung von Grundschulden Darlehen auf und kaufte Grundstücke. Im Zusammenhang mit diesen Geschäften wurde dem Grundbuchamt im April 1987 eine vom Notar K. in S. am 28.8.1981 beurkundete Erklärung des – inzwischen verstorbenen – Dr. B. in Ki./Schweiz vorgelegt, durch die dieser „handelnd als Direktor der Firma G. G. I. C. Ltd.“ – sowie im eigenen Namen – G. umfassende Vollmacht „zur alleinigen und ausschließlichen Vertretung des vorstehen-

den Unternehmens in allen Angelegenheiten“ erteilte; die Gesellschaft sollte „nur durch den Generalbevollmächtigten repräsentiert und geleitet“ werden.

Mit Schreiben vom 14. 11. 1987 an G. als „Geschäftsführer“ der G. Ltd. focht die Klägerin ihre Vertragserklärungen vom 17. 12. 1986 wegen arglistiger Täuschung an.

Im Juni 1988 beantragte die V.bank G. die Zwangsversteigerung des Grundstücks der Klägerin wegen einer Grundschuld von 600.000 DM, die G. als Vertreter der Klägerin im April 1987 bestellt und im Mai 1987 abgetreten hatte. Am 15. 9. 1988 verkaufte die Klägerin ihr Grundstück für 2.150.000 DM an den Bankkaufmann Gr.; die Klägerin verpflichtete sich, das Grundstück von seinen Belastungen zu befreien. Sie erwirkte gegen G. „als Bevollmächtigten der G. Ltd.“ ein rechtskräftiges Versäumnisurteil vom 16. 5. 1989, berichtigt durch Beschluß vom 28. 7. 1989, auf Zustimmung zur Löschung der Vormerkung. Diese wurde am 1. 9. 1989, die übrigen Grundstücksbelastungen wurden im Oktober 1989 gelöscht.

Die Klägerin hat vom Beklagten Ersatz von Zinsen in Höhe von 196.000 DM verlangt, die sie nach ihrer Behauptung in der Zeit vom 15. 9. 1988 bis 30. 8. 1989 an die V.bank G. entrichten mußte, weil sie deren Forderung nicht mit dem von Gr. zu zahlenden Kaufpreis tilgen konnte, solange die Vormerkung zugunsten der G. Ltd. nicht gelöscht war. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen, das Oberlandesgericht hat ihr stattgegeben. Mit der Revision erstrebt der Beklagte die Wiederherstellung des landgerichtlichen Urteils.

Aus den Gründen:

Die Revision rügt mit Erfolg, daß das Berufungsgericht eine Haftung des Beklagten wegen fahrlässiger Amtspflichtverletzung (§ 19 Abs. 1 BNotO) angenommen hat.

I.

1. Zu Recht ist das Berufungsgericht davon ausgegangen, daß der Beklagte bei der Beurkundung des Kaufvertrages vom 17. 12. 1986 die ihm gegenüber der Klägerin obliegende Amtspflicht verletzt hat, weil er – unstreitig – damals nicht geprüft hat, ob der im Namen der Käuferin – einer Gesellschaft des britischen Rechts in L. – handelnde Vertreter G. Vertretungsmacht hatte.

Diese Pflicht des Notars ergibt sich aus § 17 BeurkG (BGH, Urt. v. 21. 1. 1988 – IX ZR 252/86, WM 1988, 545, 547 = DNotZ 1989, 43). **Danach hat er den Sachverhalt zu klären und die Beteiligten, zu denen die Klägerin gehörte (§ 6 Abs. 2 BeurkG), über die rechtliche Tragweite des Geschäfts zu belehren, um die Errichtung einer dem Willen der Beteiligten entsprechenden, rechtswirksamen Urkunde zu gewährleisten.** Dies schließt die Verpflichtung ein, die Vertretungsmacht eines Beteiligten zu prüfen, der eine zu beurkundende

Erklärung als Vertreter für einen anderen abgeben will; denn nur soweit der Vertreter Vertretungsmacht hat, kann die Urkunde – seinem Willen entsprechend – rechtliche Wirkungen für und gegen den Vertretenen entfalten (§ 164 Abs. 1 Satz 1 BGB). **Leitet der Vertreter die Vertretungsmacht aus einer Vollmacht her, so ist es regelmäßig notwendig, daß sich der Notar die Vollmachtsurkunde in Urschrift oder – wenn sie notariell beurkundet ist – in Ausfertigung vorlegen läßt** (vgl. § 12 BeurkG, § 21 BNotO). Kann die Urkunde nicht vorgelegt werden oder ergeben sich sonst Zweifel an der Vertretungsmacht, so hat der Notar die sich daraus abzuleitenden Bedenken mit den Beteiligten zu erörtern (§ 17 Abs. 2 Satz 1 BeurkG). Bestehen diese gleichwohl auf der Beurkundung, so kann der Notar sie auch bei Zweifeln an der Wirksamkeit des Geschäfts vornehmen, hat dann allerdings gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 BeurkG einen entsprechenden Vorbehalt in die Niederschrift aufzunehmen. Steht dagegen der Mangel der Vertretungsmacht fest und erscheint eine nachträglich Genehmigung durch den Vertretenen als ausgeschlossen (vgl. § 177 Abs. 1 BGB), hat der Notar die Beurkundung abzulehnen (§ 4 BeurkG, § 14 Abs. 2 BNotO).

Der Beklagte hat bei der Beurkundung nicht geprüft, ob der angebliche Vertreter aufgrund Gesetzes oder Rechtsgeschäfts berechtigt war, den Vertrag für die Käuferin zu schließen. Entsprechende Urkunden oder sonstige Belege sind nicht vorgelegt worden; der Beklagte hat danach auch nicht gefragt. Er hat sich nach seinem Vorbringen ohne weiteres darauf verlassen, daß die Erklärung des angeblichen Vertreters, er sei allein für die Käuferin verantwortlich und halte deren Anteile, richtig sei, auch weil die Klägerin dieser Äußerung nicht widersprochen habe. Das war pflichtwidrig. **Zwar darf der Notar regelmäßig tatsächliche Angaben der Beteiligten ohne eigene Nachprüfung als richtig zugrunde legen; das gilt aber nicht für Äußerungen rechtsunkundiger Personen über rechtliche Begriffe und Verhältnisse, die als Tatsachen dargestellt werden oder mit tatsächlichen Angaben verbunden sind, weil solche Erklärungen nicht auf Sachkunde beruhen und deswegen unzuverlässig sind** (BGH, Urt. v. 6. 11. 1986 – IX ZR 125/85, GI 87, 7 = VersR 1987, 461, 462; v. 7. 2. 1991 – IX ZR 24/90, GI 92, 229 = WM 1991, 1046, 1048; v. 19. 12. 1991 – IX ZR 8/91, GI 92, 229 = WM 1992, 527, 529). Es war eine Rechtsfrage, ob ein Vertretungsverhältnis zwischen der – dem Beklagten unbekannten – Käuferin und ihrem angeblichen Vertreter, den der Beklagte nach seinem Vortrag wenige Tage zuvor anlässlich einer Unterschriftsbeglaubigung kennengelernt hatte und den er nicht näher kannte, bestand. Der Beklagte hatte triftigen Anlaß daran zu zweifeln, daß die Beteiligten dieses Rechtsverhältnis sicher beurteilen konnten. Wenn die vom Beklagten behauptete Erklärung des angeblichen Vertreters dahin zu werten war, daß er Organ der – als Käuferin vorgesehenen – Gesellschaft britischen Rechts sei, so entscheidet nach deutschem internationales Privatrecht grundsätzlich das Recht des Sitzes der Hauptverwaltung der ausländischen Gesellschaft darüber, ob und in welchem Umfang deren Organe Vertretungsmacht haben (vgl. BGHZ 51, 27, 28; 53, 181, 183; 97, 269, 271; Palandt/Heldrich, BGB 52. Aufl. Anh. Art. 12

EGBGB Rdnr. 1 ff, 10; Keidel/Kuntze/Winkler, FGG Teil B – Beurkundungsgesetz – 12. Aufl. § 12 Rdnr. 12; Reithmann/Martiny, Internationales Vertragsrecht 4. Aufl. Rdnr. 844 ff, 860, 867 ff; Knoche Mitt. RhNotK 1985, 165 ff; Jacob – Steinorth DNotZ 1960, 126 ff). Wollte der angebliche Vertreter eine Vollmacht der britischen Gesellschaft behaupten, so richtete sich eine solche Vertretungsmacht aufgrund des deutschen internationalen Privatrechts grundsätzlich nach dem Recht des Landes, in dem die Vollmacht ihre Wirkung entfalten sollte (vgl. BGHZ 64, 183, 192; BGH, Urt. v. 13. 5. 1982 – III ZR 1/80, NJW 1982, 2733; v. 26. 4. 1990 – VII ZR 218/89, NJW 1990, 3088; Palandt/Heldrich a.a.O. Anh. Art. 32 EGBGB Rdnr. 1 ff; Reithmann/Martiny a.a.O. Rdnr. 868, 918, 929 ff, 944 ff; Knoche a.a.O. 167 ff), soweit das Gesellschaftsstatut diesen Grundsatz nicht einschränkt (vgl. BGH, Urt. v. 26. 11. 1990 – II ZR 92/90, WM 1991, 193 m. Anm. Thode WuB IV E Art. 33 EGBGB 1.91). Der Beklagte mußte davon ausgehen, daß die damit verbundene schwierige Rechtslage von den – deutschen – rechtsunkundigen Beteiligten nicht zuverlässig beurteilt werden konnte. Auch wenn, wie er behauptet hat, die Klägerin durch einen Makler und Rechtsanwalt beraten worden sein sollte, so hatte der Beklagte doch keinen Anhaltspunkt dafür, daß sie sicher und umfassend davon unterrichtet worden war, wie G. Vertretungsmacht erlangt hatte, und daß sie deswegen keiner weiteren Aufklärung bedurfte (vgl. BGH, Urt. v. 10. 5. 1990 – IX ZR 113/89, WM 1990, 1710, 1713 = GI 90, 185; v. 5. 11. 1992 – IX ZR 260/91, WM 1993, 260, 262). Das gilt erst recht, wenn – gemäß der unbestrittenen Behauptung der Klägerin – G. entgegen seiner ursprünglichen Absicht, selbst das Hausgrundstück der Klägerin zu kaufen, erst bei der Beurkundung erklärt haben sollte, aus steuerlichen Gründen solle die von ihm vertretene G. Ltd. Vertragspartnerin sein.

Insoweit beanstandet die Revision das Berufungsurteil auch nicht.

2. Das Berufungsgericht hat weiterhin im Ergebnis zutreffend angenommen, der Beklagte habe auch eine Pflicht zur allgemeinen betreuenden Belehrung verletzt, und dazu ausgeführt: Besondere Umstände bei der Beurkundung des Kaufvertrages hätten Anlaß zu der Vermutung gegeben, der Klägerin drohe ein Schaden, weil sie sich wegen mangelnder Kenntnis der Rechtslage der Gefahr nicht bewußt gewesen sei. Es habe sich um einen Fall mit „Auslandsberührung“ gehandelt. Bei einem Scheitern des Kaufvertrages hätte die Klägerin gegenüber der Vertretenen ihr Recht vor britischen Gerichten suchen müssen. Dennoch sei die Fälligkeit des Kaufpreises von der Eintragung einer Auflassungsvormerkung und damit von einer ungesicherten Vorleistung der Klägerin abhängig gemacht worden. Da die Existenz der ausländischen Käuferin und die Vollmacht ihres Vertreters nicht bewiesen gewesen seien, habe der Beklagte die Gefahr sehen müssen, daß der Klägerin durch die Auflassungsvormerkung ein Schaden entstehen könnte. Darauf hätte er die Klägerin hinweisen und zugleich über die rechtlichen Möglichkeiten zur Vermeidung oder zumindest zur Verringerung der Gefahr

belehren müssen. Dazu hätte außer dem Verlangen, eine Vollmachtsurkunde und einen Registerauszug neueren Datums vorzulegen, der Vorschlag gehört, für den Fall des Scheiterns des Vertrages die Eintragung einer Vormerkung zum Löschen der Auflassungsvormerkung bewilligen zu lassen, oder die Einschaltung eines Notaranderkontos zur Vertragsabwicklung zu empfehlen.

Die dagegen gerichteten Angriffe der Revision sind im Ergebnis erfolglos.

- a) Zwar war die Bewilligung und Eintragung der Vormerkung zur Sicherung des Anspruchs auf Eigentumsübertragung keine – einer Rechtsbelehrung gemäß § 17 BeurkG unterliegende – ungesicherte Vorleistung der Klägerin, weil die Vormerkung als solche nicht verkehrsfähig, sondern an den zu sichernden Anspruch gebunden ist (§ 883 BGB; BGH, Urt. v. 31.10.1980 – V ZR 95/79, NJW 1981, 446, 447), und dem Verkäufer trotz der Vormerkung die Verfügungsmacht über sein Grundstück verbleibt (RGZ 132, 419, 424).
- b) Dennoch hat der Beklagte gegen die einem Notar obliegende, über die regelmäßige Belehrungspflicht aus Urkundstätigkeit hinausgehende Pflicht zur allgemeinen Betreuung der Beteiligten (§ 14 Abs. 1 BNotO) verstoßen.

Eine solche Pflicht besteht dann, wenn der Notar nach den besonderen Umständen des Einzelfalles Anlaß zu der Vermutung haben muß, einem Beteiligten drohe ein Schaden vor allem deswegen, weil er sich infolge mangelnder Kenntnis der Rechtslage der Gefahr nicht bewußt ist (BGH, Urt. v. 14.5.1992 – IX ZR 262/91, WM 1992, 1533, 1535 m.w.N.).

Der Klägerin drohte bei der Beurkundung des Grundstückskaufvertrages ein Schaden. Da damals offengeblieben war, ob die Käuferin als Gesellschaft des britischen Rechts bestand und durch G. ordnungsgemäß vertreten wurde, mußte mit einem Scheitern des Vertrags ernsthaft gerechnet werden. In einem solchen Falle konnte eine – vorgesehene – Vormerkung zur Sicherung des Anspruchs der Käuferin auf Eigentumsübertragung eine anderweitige Veräußerung des Grundstücks behindern und infolgedessen zu Nachteilen für die Klägerin führen. Solange die Vormerkung im Grundbuch eingetragen ist, sind vormerkungswidrige Verfügungen gegenüber dem Vormerkungsberechtigten unwirksam (§ 883 Abs. 2 BGB). **Demnach war damit zu rechnen, daß die Klägerin nach einem Scheitern des Vertrages ihren Anspruch gegen die ausländische Käuferin, die Löschung der Vormerkung zu bewilligen, in einem Rechtsstreit durchsetzen mußte; dies konnte mit erheblichen Schwierigkeiten und Verzögerungen sowie daraus folgenden Nachteilen verbunden sein,** sogar wenn ein deutscher Gerichtsstand (vgl. §§ 24, 29 ZPO) gegeben war. Auf die Gefahr eines solchen Schadens, die der Klägerin wegen fehlender Rechtskenntnis verborgen geblieben ist, hätte der Beklagte die Klägerin hinweisen müssen (vgl. Wenzel NJW 1973, 307, 308; Ganter NJW 1986, 1017, 1020; Reithmann WuB VIII A § 19 BNotO 2.89). **Der Gefahr hätte durch eine Vollmacht zur Löschung der Vormerkung oder durch**

eine vorsorgliche, dem Notar als Treuhänder übergebene Löschungsbewilligung der Käuferin vorgebeugt werden können (vgl. Reithmann/Röll/Geßele/Albrecht, Handbuch der notariellen Vertragsgestaltung, 6. Aufl. Rdnr. 385).

II.

Die Revision rügt jedoch zu Recht, daß das Berufungsgericht unter Außerachtlassung entscheidungserheblicher Umstände den haftungsausfüllenden Ursachenzusammenhang zwischen den Amtspflichtverletzungen des Beklagten und dem geltend gemachten Schaden bejaht und die Beweislast verkannt habe.

Grundsätzlich hat derjenige, der Schadenersatz fordert, die Entstehung und die Höhe eines Schadens darzulegen und zu beweisen. Dabei kommt ihm die Beweiserleichterung des § 287 ZPO zugute, auch nach der Amtspflichtverletzung eines Notars. Für die Beantwortung der Frage, ob eine solche Pflichtverletzung den behaupteten Schaden verursacht hat, ist zu prüfen, welchen Verlauf die Dinge bei pflichtgemäßem Verhalten des Notars genommen hätten. Darüber hat der Tatrichter im Rahmen des § 287 ZPO unter Würdigung aller Umstände nach freier Überzeugung zu entscheiden (Senatsurt. v. 14. 5. 1992 – IX ZR 262/91 a.a.O. 1538 m. w. N.).

1. Zur Kausalität der unterlassenen Prüfung der Vertretungsmacht:

- a) Für das erste Glied in der Ursachenkette hat das Berufungsgericht offengelassen, ob bei pflichtgemäßem Verhalten des Beklagten der angebliche Vertreter G. eine Ausfertigung der notariellen Vollmachtsurkunde vom 28. 8. 1981 vorgelegt hätte oder nicht, und angenommen, in beiden Fällen wäre seine Vertretungsmacht unklar geblieben.

Insoweit ist das Berufungsurteil entgegen der Ansicht der Revision nicht zu beanstanden, gleichgültig, ob G. die Urkunde vorgelegt hätte oder nicht. In jedem Falle hätte der Beklagte bei der gebotenen Gesamtwürdigung aller Umstände Zweifel haben müssen, ob G. berechtigt war, den Vertrag für die Käuferin zu schließen. Der Urkunde ist nicht zu entnehmen, daß die Vertretungsbescheinigung – wie erforderlich – auf eine Eintragung in einem Handelsregister oder in einem ähnlichen Register gestützt wurde (vgl. § 12 BeurkG, § 21 BNotO). Hierauf konnte sie auch nicht beruhen, da die Gesellschaft – nach der von G. im Vorprozeß vorgelegten Auskunft der britischen Registerstelle vom 11. 10. 1982 – unter der ursprünglichen Firma erst am 29. 3. 1982 im Register eingetragen worden war. Hätte G. diese Auskunft zusammen mit der Vollmacht dem Beklagten vorgelegt, so hätte sich diesem der Verdacht aufdrängen müssen, daß Dr. B. am 28. 8. 1981 ohne Vertretungsmacht G. Vollmacht für die G. Ltd. erteilt hatte. **Außerdem wäre die Vollmacht, wenn es um die Vertretung einer deutschen GmbH gegangen wäre, nach deutschem Recht unwirksam gewesen, weil damit die gesamte Befugnis zur organschaftlichen Willensbildung und**

-erklärung übertragen wurde (vgl. BGHZ 13, 61, 65; BGH, Urt. v. 18. 10. 1976 – II ZR 9/75, NJW 1977, 199).

Der Beklagte hätte die sich aus diesen Zweifeln an der Vertretungsmacht des G. ergebenden Bedenken mit den Beteiligten erörtern und auf die Anwendbarkeit britischen Rechts hinweisen müssen (§ 17 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 BeurkG). Ablehnen mußte er die Beurkundung nicht, da eine Genehmigung durch die vertretene Käuferin damals nicht als ausgeschlossen erschien. Das gilt entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts auch bei Nichtvorlage der Vollmachtsurkunde.

- b) Für den weiteren Geschehensablauf rügt die Revision zu Recht die Ansicht des Berufungsgerichts, es sei davon auszugehen, daß die Klägerin bei ordnungsmäßiger Belehrung vernünftig reagiert und nicht ohne Vorlage der Vollmachtsurkunde und eines Handelsregisterauszuges auf einer Beurkundung bestanden hätte; verbleibende Zweifel, wie die Beteiligten sich verhalten hätten, wenn G. eine Vollmachtsurkunde vorgelegt hätte, gingen zu Lasten des Beklagten.

Die Beweislast des Geschädigten für den Ursachenzusammenhang zwischen der Amtspflichtverletzung des Notars und dem geltend gemachten Schaden wird erleichtert durch die Regeln über den Beweis des ersten Anscheins, wenn es sich um einen Sachverhalt handelt, der nach der Lebenserfahrung auf eine bestimmte Ursache hindeutet und typisch in einer bestimmten Richtung zu verlaufen pflegt. Diese Voraussetzungen sind gegeben, wenn die Amtspflichtverletzung in einer unterlassenen Belehrung besteht und die Lebenserfahrung dafür spricht, daß der Beteiligte sich Beratungsgemäß verhalten, also einen Rat, Hinweis oder eine Warnung befolgt hätte. Es ist dann Sache des Notars, den gegen ihn sprechenden Anschein zu erschüttern, indem er Tatsachen darlegt und notfalls beweist, die den Schluß zulassen, daß der Beteiligte sich über den Rat, den Hinweis oder die Warnung hinweggesetzt hätte. Spricht weder die Regel des Lebens noch eine tatsächlich Vermutung oder Wahrscheinlichkeit für einen erfahrungsgemäßen Ablauf, so bleibt es dabei, daß der Geschädigte den Ursachenzusammenhang zwischen der Amtspflichtverletzung und seinem geltend gemachten Schaden beweisen muß und die Nichtfeststellbarkeit zu seinen Lasten geht (BGH, Urt. vom 23. 5. 1960 – III ZR 110/59, WM 1960, 1150, 1151; v. 5. 3. 1974 – VI ZR 222/72, LM ZPO § 282 – Beweislast – Nr. 27 = DNotZ 1975, 367 f; Baumgärtel/Laumen, Handbuch der Beweislast im Privatrecht 2. Aufl. § 675 Rdnr. 59 f; Seybold/Hörnig, BNotO 5. Aufl. § 19 Rdnr. 106 ff).

Die Revision weist zutreffend darauf hin, daß das Berufungsgericht – von den Parteien vorgetragene und aus den beigezogenen Akten ersichtliche – Umstände, welche die nach der Lebenserfahrung bestehende Vermutung eines Beratungsgerechten Verhaltens der Klägerin erschüttern können, nicht berücksichtigt hat. Es wird zu prüfen sein, ob die Klägerin aus grenzen-

losem Vertrauen zu G. einen pflichtgemäßen Hinweis des Beklagten auf Zweifel an der Vertretungsmacht des G. mißachtet und auf einer von diesem gewünschten Beurkundung des vorgesehenen Vertrages bestanden hätte. Insoweit gilt folgendes:

Unmittelbar nach der Beurkundung des Vertrages – noch an demselben Tage – erteilte die Klägerin G. persönlich eine „Generalvollmacht“ unter Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB.

Nach seinem Vorbringen im Vorprozeß verwertete G. mit Hilfe dieser Generalvollmacht und der Zustimmung der Klägerin eine Eigentümergrundschuld über 500.000 DM und bestellte zwei weitere Eigentümergrundschulden über je 600.000 DM, um damit Mittel für Grundstücksgeschäfte im Namen der Klägerin zu beschaffen. Die Klägerin behauptete im Vorprozeß, G. habe mit der Generalvollmacht von der V.bank G. 500.000 DM erhalten und verbraucht sowie Grundstücke für mehr als 40 Mio DM gekauft. Für die Richtigkeit dieses Vorbringens sprechen die Abtretung der Grundschuld über 500.000 DM durch G. im Februar 1987, die Bestellung der beiden Grundschulden über je 600.000 DM im April 1987 und deren Abtretung durch G. im Mai 1987, die durch G. im Namen der Klägerin geschlossenen drei Darlehensverträge vom 23. 7. 1987 über insgesamt 3,5 Mio DM sowie Grundstückskaufverträge vom 20. 8. 1987 über 5,8 Mio DM und vom 17. 9. 1987 über 4.897.500 DM.

Am 12. 9. 1987 erteilte die Klägerin G. nochmals eine notariell beurkundete „Generalvollmacht“, genehmigte die von G. seit dem 17. 12. 1986 vorgenommenen Vertretungsgeschäfte und beantragte, G. 50 Ausfertigungen der Vollmachtsurkunde zu erteilen, nachdem der Notar „über die Bedeutung und Tragweite sowie das Bestehen eines besonderen Vertrauensverhältnisses bei Erteilung einer Generalvollmacht belehrt“ hatte.

- c) Die Revision macht zu Recht geltend, daß das Berufungsgericht hätte prüfen müssen, ob wegen dieser Umstände der behauptete **Schaden in einem adäquaten Ursachenzusammenhang mit der Amtspflichtverletzung** des Beklagten steht. Dieser Zusammenhang kann fehlen, wenn der Geschädigte in ungewöhnlicher und unsachgemäßer Weise in den Geschehensablauf eingreift und eine weitere Ursache setzt, die den Schaden erst endgültig herbeiführt; **diese Voraussetzung liegt nicht vor, wenn für die Zweithandlung des Geschädigten ein rechtfertigender Anlaß bestand oder diese durch das haftungsbegründende Ereignis herausgefordert wurde und eine nicht ungewöhnliche Reaktion auf das Ereignis darstellt** (BGH, Urt. v. 10. 5. 1990 – IX ZR 113/89 a.a.O. 1711 m.w.N.).

Das Berufungsgericht hätte ferner prüfen müssen, ob der für die Zeit vom 15. 9. 1988 bis 30. 8. 1989 geltend gemachte Zinsschaden – gemäß dem Klagevortrag – entstanden ist, weil der Käufer Gr. erst nach der Löschung

der Vormerkung zugunsten der G. Ltd. am 1. 9. 1989 den Kaufpreis gezahlt hat. Ein solcher Schaden kann auch darauf zurückzuführen sein, daß nach dem Kaufvertrag mit Gr. vom 15. 9. 1988 dieser die Zahlung des Kaufpreises von 2.150.000 DM abzüglich der vereinbarten Anzahlung von 300.000 DM verweigern durfte, bis die – seitens der Klägerin bestellten – Grundpfandrechte gelöscht waren, und dies erst im Oktober 1989 geschehen ist.

- d) Sollte die Amtspflichtverletzung des Beklagten allerdings den Schaden herbeigeführt haben, so fiel dieser entgegen der Ansicht der Revision bei wertender Betrachtung in den **Schutzbereich der verletzten Form** (vgl. BGH, Urt. v. 12. 11. 1992 – IX ZR 68/92, ZIP 1993, 48, 49 m. w. N.). Die Pflicht zur Rechtsbelehrung gemäß § 17 BeurkG soll nach dem Zweck und der Tragweite der Vorschrift die Errichtung einer rechtswirksamen Urkunde gewährleisten. Die darunter fallende Verpflichtung des Notars, die Vertretungsmacht eines Beteiligten zu prüfen, erfaßt mit ihrem Schutzbereich auch einen Schaden, der daraus entsteht, daß infolge der Verletzung dieser Pflicht das betrügerische Vorspiegeln einer Vertretungsmacht nicht erkannt wird. **In den Fällen, in denen ein Dritter zu dem Schaden beigetragen hat, entfällt die Zurechenbarkeit der ersten Haftungsursache ausnahmsweise nur dann, wenn diese für das Eintreten des zweiten Schadenereignisses nach dem Schutzzweck der Norm gänzlich bedeutungslos war, wenn also das schädigende erste Verhalten nur noch den äußeren Anlaß für ein völlig ungewöhnliches und sachwidriges Eingreifen eines Dritten bildet, das dann den Schaden erst endgültig herbeiführt** (BGH, Urt. v. 10. 5. 1990 – IX ZR 113/89 a.a.O. 1712). Da diese Ausnahme nicht vorliegt, wäre dem Beklagten eine Ursächlichkeit seiner Pflichtverletzung haftungsrechtlich billigerweise zuzuordnen.

2. Zur Kausalität der Verletzung der allgemeinen Betreuungspflicht:

Insoweit gelten die vorstehenden Ausführungen entsprechend. Es wird daher zu prüfen sein, ob die Klägerin wegen ihres Vertrauens zu G., wenn der Beklagte pflichtgemäß auf die bei einem Scheitern des Vertrages drohenden Nachteile aus der Vormerkung hingewiesen hätte, den vorgesehenen Vertrag unverändert geschlossen hätte oder ob der Vertrag in diesem Falle auf Wunsch der Klägerin mit einer Klausel zum Schutz gegen Nachteile aus der Vormerkung beurkundet worden wäre.

3. Die mit der Feststellung des Ursachenzusammenhangs verbundenen Tatfragen wurden mit den Parteien noch nicht erschöpfend erörtert, so daß nicht auszuschließen ist, daß sie dazu noch ergänzend vortragen möchten.

.....

Fristenkontrolle

– Telefax

(BGH, Beschl. v. 28.10.1993 – VII ZB 22/93)

Leitsatz:

Das Absenden eines Telefax ist eine einfache technische Verrichtung, welche ein Prozeßbevollmächtigter im Rahmen der gebotenen organisatorischen Vorkehrungen einer hinreichend geschulten und überwachten Bürokraft übertragen kann.

Aus den Gründen:

Nach der Feststellung des Berufungsgerichts sind auf dem Berufungsschriftsatz anstelle einer Unterschrift nur zwei einzelne Striche zu erkennen, weil der unterste Teil der Seite beim Kopieren von der nachfolgenden ersten Seite der Anlage zum Schriftsatz versehentlich abgedeckt worden war. Damit liegt nicht ein Übermittlungsfehler vor, sondern ein Fehler bei der Eingabe in das Kopier- und Übermittlungsgerät. Das Berufungsgericht ist der Auffassung, der vorzeitige Einzug einer Folgeseite sei auch für den ungeübten Bediener eines Telefaxgerätes erkennbar und deshalb vermeidbar. Der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten habe danach die ihm obliegende Sorgfaltspflicht bei der Versendung des Berufungsschriftsatzes schuldhaft verletzt.

Damit hat das Berufungsgericht übersehen, daß der Fehler nicht dem Prozeßbevollmächtigten persönlich unterlaufen ist, sondern seiner Angestellten. **Fehler von Büropersonal fallen den Parteien, solange eigenes Verschulden des Rechtsanwalts fehlt, nicht zur Last** (vgl. Zöller, ZPO, 18. Aufl. Rdn. 23 zu § 233 m. ausf. N.). Ein Verschulden des Prozeßbevollmächtigten ist insoweit nicht zu erkennen. **Er durfte das Absenden des Telefax einer hinreichend geschulten und überwachten Bürokraft überlassen.** Es handelt sich bei diesem Vorgang um eine einfache technische Verrichtung, welche der Prozeßbevollmächtigte nicht selber ausführen mußte. Dieser hat glaubhaft gemacht, **daß er hinreichende organisatorische Vorkehrungen für den ordnungsgemäßen Abgang des Telefax getroffen und das Absenden einer hinreichend geschulten und ansonsten zuverlässigen Mitarbeiterin übertragen hat.**

Fristenkontrolle

- Rechtsanwalt
 - Berufungsfrist, § 516 ZPO
- (BGH, Beschl. v. 28.10.1993 – VII ZB 21/93)

Leitsatz:

Die aus § 516 ZPO sich ergebende 6-monatige Frist ist vom Prozeßbevollmächtigten zu überwachen.

Aus den Gründen:

I.

Das Landgericht hat sein Schlußurteil am 22.10.1992 verkündet. Den Prozeßbevollmächtigten der beiden Beklagten ist das Urteil erst am 1.4.1993 zugestellt worden. Das Oberlandesgericht hat die am 3.5.1993 bei Gericht eingegangene Berufung der Beklagten unter Zurückweisung ihres Wiedereinsetzungsantrags wegen Versäumung der Berufungsfrist als unzulässig verworfen. Dagegen richtet sich die sofortige Beschwerde der Beklagten.

II.

Die Beschwerde ist nicht begründet.

Die Prozeßbevollmächtigten der Beklagten, deren Verschulden den Beklagten gemäß § 85 Abs. 2 ZPO zuzurechnen ist, haben die Berufungsfrist versäumt. Diese lief bis 22.4.1993, nachdem das Urteil bis zum Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung noch nicht zugestellt war (§ 516 ZPO). Die Berufung der Beklagten ist erst am 3.5.1993 eingelegt worden.

Die Prozeßbevollmächtigten haben die Versäumung der Frist verschuldet.

Nach ihrem Vortrag ist die Säumnis nicht auf ein Versehen zurückzuführen, sondern darauf, daß in ihrer Kanzlei **die aus § 516 ZPO sich ergebende sechsmonatige Frist nicht notiert wird. Das ist ein Organisationsmangel.** Prozeßbevollmächtigte haben sämtliche in Betracht kommenden gesetzlichen Fristen zu überwachen. Das gilt auch dann, wenn die Frist nur deshalb Bedeutung gewinnt, weil das Landgericht die Fünfmonatsfrist des § 516 ZPO nicht eingehalten hat, wie es hier geschehen ist. Den mit der Fristüberwachung verbundenen Verwaltungsaufwand hält der Senat für zumutbar.

Auf den weiteren Vortrag, bei einer rechtzeitigen Berufung bis zum 22.4.1993 hätten die Beklagten die übliche Überlegungsfrist von einem Monat nicht ausschöpfen können, kommt es nicht an.

Die Prozeßbevollmächtigten der Beklagten haben, wie sie selber darlegen, die Frist allein deshalb versäumt, weil deren Notierung und Überwachung in ihrer Kanzlei nicht vorgesehen war.

Hinweis:

Die Finanzgerichtsordnung kennt einen vergleichbaren Rechtsmittelbeginn von 6 Monaten nach der Verkündung nicht.

Anwaltsnotarhaftung

- Abgrenzungen
 - Verjährung
 - anderweitige Ersatzmöglichkeit
- (BGH, Urt. v. 24. 6. 1993 – IX ZR 216/92)

Leitsätze:

1. Ein Anwaltsnotar, der fahrlässig sowohl anwaltliche als auch Notarpflichten verletzt hat, kann als Notar auch dann in Anspruch genommen werden, wenn der Geschädigte von ihm aufgrund der Anwaltshaftung Ersatz verlangen kann oder – falls dieser Anspruch inzwischen verjährt ist – hätte erlangen können.
2. Im Notarhaftpflichtprozeß kann dem Geschädigten nicht entgegengehalten werden, daß er es schuldhaft unterlassen habe, einen Urteilschaden durch Gebrauch eines Rechtsmittels abzuwenden, wenn dem Notar im Vorprozeß der Streit verkündet war und er das Rechtsmittel deshalb selbst hätte einlegen können.

Tatbestand:

Der am 23. 9. 1975 verstorbene P. P. war in zweiter Ehe mit der Klägerin zu 1) verheiratet. Aus der geschiedenen ersten Ehe des Erblassers ist der Sohn F. P., aus der zweiten Ehe ist der Kläger zu 2) hervorgegangen. Die Kläger und F. P. waren Erben zu je 1/3. Zum Nachlaß gehörten unter anderem Geschäftsanteile im Nennwert von 150.000 DM an der G.-G. mbH (im folgenden: GVG) in G. F. P., der obendrein alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer war, hielt schon vor dem Erbfall weitere Anteile im Nennwert von 150.000 DM. Die restlichen Anteile des Gesamtstammkapitals von 450.000 DM entfielen auf andere Familienmitglieder. Die GVG, die ein „Freizeitzentrum“ mit Campingplatz, Yachthafen und Badestrand betreibt, hat umfangreichen Grundbesitz.

Nachlaßverbindlichkeiten bestanden in Höhe von rund 300.000 DM. Im wesentlichen folgten diese aus einer Unterhaltsverpflichtung gegenüber der geschiedenen ersten Ehefrau des Erblassers.

Die Kläger verhandelten mit F.P. über eine Übertragung ihrer Miterbenanteile. Seit 1979 vertrat der verklagte Rechtsanwalt und Notar dabei ihre Interessen. Für die Übertragung ihrer Anteile verlangten die Kläger außer der Freistellung von den Nachlaßverbindlichkeiten insbesondere eine Beteiligung an künftigen Erlösen aus der Veräußerung von Grundstücken der GVG. F.P., seit 1980 vertreten durch Rechtsanwalt und Notar U., unterbreitete zuletzt mit Schreiben vom 29.12.1980 den Entwurf eines Angebots, der in § 6 unter anderem folgendes vorsah:

„(F.P.) ist bereit, bei einem Verkauf oder einer unentgeltlichen Überlassung des Grundbesitzes der G-G.mBH den ... (Klägern) als Gesamtberechtigten 10 % des Kaufpreises, den die G-G.mBH in G. erhält, oder 10 % des Verkehrswertes von unentgeltlich überlassenen Grundflächen auszus zahlen, wenn der Verkauf oder die Überlassung bis zum 1.7.1995 beurkundet worden ist und die Verträge Rechtswirksamkeit erhalten haben.“

Mit Ausnahme dieser Klausel nahm die von dem Beklagten erarbeitete endgültige Fassung, die er der Gegenseite mit Schreiben vom 15.1.1981 mitteilte, den Entwurf vom 29.12.1980 auf. Sie lautete wie folgt:

„(F.P.) tritt hiermit unwiderruflich je 1/20 an ... (die Kläger) von seinem Anspruch gegen die G-G.mBH in G. auf Auszahlung eines Kaufpreises beim Verkauf von Grundstücken der G-G.mBH in G. ab. Er beauftragt die G-G.mBH in G., Zahlungen an die Berechtigten unmittelbar vorzunehmen ...

Bei einer unentgeltlichen Überlassung des Grundbesitzes der G-G. zahlt F.P. an ... (die Kläger) je 1/20 des seinem Anteil zugrundeliegenden Verkehrswertes.

Diese Verpflichtungen bestehen nur, wenn der Verkauf oder die Überlassung bis zum 1.7.1995 beurkundet worden ist.

(Die Kläger) ... nehmen hiermit die Abtretung an.

Veräußert oder tritt F.P. vor dem 1.7.1995 seinen Geschäftsanteil oder Teile seines Geschäftsanteils an Dritte ab, verpflichtet er sich, diese Abtretung den ... (Klägern) gegenüber sogleich anzuzeigen. Ferner sagt er zu, die Verpflichtung zur Auszahlung des Kaufpreises bzw. zum Ausgleich des Wertes auf etwaige Rechtsnachfolger zu übertragen. Unterbleibt die Übertragung der Verpflichtung auf

etwaige Rechtsnachfolger, verpflichtet sich F.P. den ... (Klägern) gegenüber, den Betrag zu zahlen, den sie bei einer ordnungsgemäßen Übertragung der Verpflichtung von den Rechtsnachfolgern hätten fordern können.

Der Anspruch auf Auszahlung von 10 % des Kaufpreisanteils bzw. des Verkehrswertes entsteht nicht, wenn die G-G. mbH in G. von ihrem Grundbesitz veräußert: ...

F.P. tritt hiermit seine Ansprüche auf Auszahlung des Gewinnanteils gegen die G-G. mbH in G. zu je 1/9 an ... (die Kläger) unwider-ruflich ab. Diese Abtretung gilt für alle Gewinne, die bis zum 1.7.1995 anfallen. (Die Kläger) ... nehmen dies Abtretung hiermit an ..."

Rechtsanwalt U. beurkundete am 27.1.1981 das Angebot von F.P. Dabei legte er in § 6 die Fassung des Beklagten zugrunde. Die Annahme dieses Angebots durch die Kläger beurkundete der Beklagte am 11.2.1981.

Im Zuge späterer Grundstücksveräußerungen durch die GVG leistete F.P. nur am Anfang Zahlungen an die Kläger. Diese nahmen ihn schließlich gerichtlich in Anspruch und verkündeten dem Beklagten den Streit. Das Landgericht Hamburg wies durch Urteil vom 27.4.1988 (79 O 401/86) die Klage ab, weil F.P. nach dem Inhalt des Vertrages vom 27.1./11.2.1981 keine Zahlungspflicht treffe. Dieses Urteil wurde rechtskräftig.

Mit der vorliegenden Klage (Mahnbescheid zugestellt am 30.11.1988; Klage-erweiterungen zugestellt am 24.4.1989 und am 14.5.1990) verlangen die Kläger von dem Beklagten im Wege des Schadenersatzes Zahlung von 196.300 DM nebst Zinsen sowie Feststellung der Verpflichtung zum Ersatz künftigen Schadens. Sie werfen dem Beklagten vor, er habe die in den früheren Vorschlä- gen enthaltene persönliche Zahlungsverpflichtung von F.P. in der von ihm – Beklagten – entworfenen, dem Vertrage zugrunde gelegten Form versehentlich ausgelassen.

Das Landgericht hat der Klage im wesentlichen stattgegeben; das Ober- landesgericht hat sie abgewiesen. Dagegen wenden sich die Kläger mit ihrer Revision.

Aus den Gründen:

Das Rechtsmittel führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

A.

Das Berufungsgericht hat die Klage abgewiesen, weil dem Beklagten kein Ver- stoß gegen Anwalts- oder Notarpflichten vorzuwerfen sei. Die von den Klägern vermißte Klausel habe er mit Recht nicht in die endgültige Fassung des Vertrages

aufgenommen. Jene Regelung hätte nur die – rechtlich unwirksame – Verpflichtung des Übernehmers F. P. begründet, Gelder auszusahlen, die ihm nicht zugestanden hätten und über die er nicht habe verfügen dürfen. Im übrigen sei F. P. nur insofern zu Zahlungen an die Kläger bereit gewesen, als Verkaufserlöse der GVG ihm selbst zufließen. Das sei bis heute nicht geschehen. Eine davon unabhängige Einstandspflicht habe er stets abgelehnt. Seinen anderslautenden Zeugenaussagen sei kein Glauben zu schenken.

B.

Diese Beurteilung hält einer rechtlichen Überprüfung nicht stand.

I.

Das Berufungsgericht hat nicht geprüft, ob die Pflichten, die der Beklagte verletzt haben soll, dem Tätigkeitsbereich des Rechtsanwalts oder des Notars zuzuordnen sind. Da die Pflichtverletzungen nach Voraussetzung und Rechtsfolge sowie die Verjährung der durch diese Pflichtverletzungen ausgelösten Ansprüche unterschiedlich geregelt sind, kann diese Frage nicht offenbleiben.

Berät ein Anwaltsnotar einen Mandanten über ein von diesem abzuschließendes Rechtsgeschäft und beurkundet er anschließend die Willenserklärung des Mandanten, so treffen ihn bei der Beurkundung die Pflichten eines Notars. War die vorausgegangene Beratung dazu bestimmt, die Beurkundung vorzubereiten, so ist er auch insoweit als Notar tätig geworden (§ 24 Abs. 2 Satz 1 BNotO). **Etwas anderes gilt jedoch, wenn die Beratung den Schwerpunkt der Tätigkeit darstellt und der Anwaltsnotar hierbei einseitig Interessen des Mandanten vertritt** (vgl. BGH, Urt. vom 22. 10. 1987 – IX ZR 175/86, GI 88, 226 = WM 1987, 1516, 1519 m. Anm. Deuchler, WuB VIII A. § 24 BNotO 1.88 und Brambring, EWiR 1988, 49; v. 14. 5. 1992 – IX ZR 262/91, WM 1992, 1533, 1537).

Nach den tatrichterlichen Feststellungen war der Beklagte während der sich über eine längere Zeitspanne erstreckenden Auseinandersetzung zwischen den Miterben Interessenvertreter und „Verhandlungsführer“ der Kläger. Wenn ihm dabei ein Beratungsfehler unterlaufen ist, so hat er hierfür nach den Grundsätzen der Anwaltshaftung einzustehen. Für eine Pflichtverletzung bei der Beurkundung – etwa eine unterlassene Belehrung – haftet er zusätzlich als Notar.

II.

Einen Verstoß gegen Anwaltpflichten hat das Berufungsgericht rechtsfehlerhaft verneint.

Aufgrund des **Anwaltsvertrages** war der Beklagte verpflichtet, die Interessen der Kläger – im Rahmen des erteilten Mandats – umfassend wahrzunehmen und sie vor möglichen Schädigungen zu bewahren (BGHZ 89, 178, 181; BGH, Urt. v. 31. 10. 1985 – IX ZR 175/84; GI 86, 145 = WM 1986, 199, 202 f.; v. 10. 3. 1988 – IX ZR 194/87, BGHR BGB § 675 „Beratungspflicht 7“; v. 21. 12. 1989 – IX ZR 234/88, BGHR BGB § 675 „Anwaltpflichten 2“). Der Beklagte hat seine Anwaltpflichten

verletzt, wenn er den Klägern zu einem Anspruch gegen F. P. verhelfen sollte, dieser auch bereit war, sich gegenüber den Klägern zu verpflichten, und diesen dennoch heute nichts schuldet.

Nach dem rechtskräftigen Urteil des Landgerichts Hamburg v. 27. 4. 1988 ist zu Lasten des Beklagten davon auszugehen (§ 74 Abs. 3 i.V. m. § 68 ZPO), daß der Vertrag vom 27. 1./11. 2. 1988 den Klägern keinen Anspruch gegen F. P. verschafft hat. Ausgehend von dem Vorbringen der Kläger waren sich die Vertragsparteien im Vorfeld aber darüber einig gewesen, daß die Kläger einen derartigen Anspruch erwerben sollten.

1. Das Berufungsgericht hat dieses Vorbringen für unschlüssig gehalten. Seiner Ansicht nach wäre eine persönliche Verpflichtung von F. P., Teile der von der GVG zu erlösenden Kaufpreise an die Kläger auszukehren, auf eine unmögliche Leistung gerichtet und deshalb unwirksam gewesen.

Dieser Auffassung kann nicht gefolgt werden. § 306 BGB betrifft nur die anfängliche objektive Unmöglichkeit (BGHZ 47, 48, 50; einhellige Auffassung) der Leistung. Die Kläger an den Verkaufserlösen der GVG teilhaben zu lassen, war aber nicht objektiv unmöglich. Die GVG hätte diese Leistung erbringen können.

Wenn ein Fall subjektiver Unmöglichkeit vorgelegen hätte – weil F. P. unvermögend zur Leistung war –, wäre der Vertrag gleichwohl wirksam gewesen. F. P. hätte dann für die Nichterfüllung einstehen müssen. Im übrigen ist fraglich, ob ein Fall des Unvermögens tatsächlich vorgelegen hätte.

2. Desweiteren hat das Berufungsgericht die Klageabweisung darauf gestützt, F. P. sei niemals bereit gewesen, aus seinem eigenen Vermögen Ausgleichszahlungen an die Kläger zu leisten.
 - a) Dieser Bereitschaft bedurfte es aber nicht, wenn F. P. die Kläger mit Mitteln der von ihm beherrschten GVG befriedigt hätte. Mit der Unterscheidung zwischen deren Vermögen und seinem eigenen scheint es F. P. nicht sehr genau genommen zu haben. Vor dem Berufungsgericht als Zeuge befragt, aus wessen Portemonnaie die Kläger hätten bezahlt werden sollen, hat er geantwortet: „Aus meinem“, und auf Nachfrage: „oder (dem) der Firma“. Noch eindeutiger äußerte er sich wenig später: „Die 10 % zu bezahlen aus den Umsätzen der Firma, das wäre ja möglich gewesen“.
 - b) Selbst wenn nur Zahlungen aus dem eigenen Vermögen von F. P. in Betracht gekommen wären, hätte dessen Leistungsbereitschaft nach dem bisherigen Sach- und Streitstand nicht abgelehnt werden dürfen. Die gegenteilige Würdigung des Berufungsgerichts ist fehlerhaft.
 - aa) Nach Meinung der Revision sind dem Berufungsgericht bei der Beweisaufnahme und der Bewertung des Beweisergebnisses Verfahrensfehler unterlaufen. Ob diese Beanstandungen zu Recht erhoben werden, kann

dahinstehen, weil – wie im folgenden ausgeführt wird – die anderen Rügen der Revision durchgreifen.

- bb) Das Berufungsgericht hat es **versäumt, Vortrag des Beklagten, den sich die Kläger zu eigen gemacht haben, in seine Beweiswürdigung miteinzubeziehen.**

Nicht gewürdigt hat es die Einlassung des Beklagten in der mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht am 3. 8. 1990, er habe den Vorschlag gemacht, „daß die persönliche Verpflichtung des F. P. herausgenommen wird, weil bei diesem ohnehin nichts zu holen sei“. Danach ist der Beklagte aber davon ausgegangen, daß die vorherigen Vertragsentwürfe eine persönliche Zahlungspflicht des F. P. enthielten. „Herausgenommen“ wurde diese (angeblich) nicht deswegen, weil F. P. eine solche Pflicht ablehnte, sondern weil er nach Meinung des Beklagten kein solventer Schuldner war.

Nicht berücksichtigt hat das Berufungsgericht desweiteren den unstreitigen Vortrag, daß F. P. zumindest den ersten der nach Vertragsschluß erfolgten Grundstücksverkäufe zum Anlaß genommen hat, einen – allerdings wohl hinter 10 % zurückbleibenden – Betrag an die Kläger auszus zahlen.

- cc) **Den vor Abschluß des Vertrages vom 27. 1./11. 2. 1981 geführten Schriftverkehr hat das Berufungsgericht nicht vollständig ausgewertet.**

Aus dem Schreiben des Rechtsanwalts F., der seinerzeit F. P. vertrat, vom 12. 12. 1979 wurde zwar zitiert; nicht erwähnt hat das Berufungsgericht indes die in diesem Schreiben ausdrücklich erklärte Bereitschaft des F. P., die Kläger an dem Erlös eines „innerhalb der nächsten Jahre“ erfolgten Verkaufs zu beteiligen („Herr P. würde notfalls den Vorschlag akzeptieren ...“). Nicht berücksichtigt wurde das weitere Schreiben v. 25. 1. 1980. Darin bat Rechtsanwalt F. zu berücksichtigen, „daß nicht Herr F. P. in unzumutbarer Weise die Hauptlast für das Zustandekommen einer solchen Einigung zu tragen hat“. Er räumte indes ein: „Er“ – also F. P. – „ist zu dieser fast unzumutbaren Belastung aber bereit ...“. Außer acht gelassen hat das Berufungsgericht ferner das Schreiben von Rechtsanwalt U., der nunmehr die Interessen von F. P. vertrat, vom 25. 7. 1980. Darin heißt es: „F. P. hat sich ... bereit erklärt, 10 % des Kaufpreises, den die GVG einmal erzielen wird, auszus zahlen ... Die GVG und F. P. als ihr Gesellschafter haben keine Möglichkeit, von dem zu erzielenden Kaufpreis 10 % an ihre Mandanten auszus zahlen, da ihm selbst ein solcher Anspruch auf Auszahlung von Teilbeträgen der Kaufpreise nicht zusteht. Für die Vertragsparteien bitte ich deshalb, mit der (vorherigen) Fassung ... des Angebotes einverstanden zu sein ...“. Was damit gemeint war, machte das nächste Schreiben von Rechtsanwalt U. vom 8. 9. 1980 deutlich: „Die GVG ist an dem Vertrag nicht beteiligt. Es besteht deshalb keine Möglichkeit, irgendwelche Anteile an Kaufpreisen auszus zahlen, die von der GVG ... erzielt werden. ... F. P. als Beteiligter des Erbteilsübertragungsvertrages hat keine Möglichkeit, von sich aus Teile des Kaufpreises ... auszus zahlen ... (Erl

will dennoch bereit sein, eine Vereinbarung einzugehen, nach der er persönlich Zahlungen an ... (die Kläger) leistet ...". Das Berufungsgericht hat sich zwar mit dem Schreiben vom 8. 9. 1980 auseinandergesetzt. Es: hat die Verpflichtung zu persönlichen Zahlungen indes zu Unrecht auf den Fall beschränkt, daß die GVG Gewinne erwirtschaftet. Der Hinweis „F.P. ... hat keine Möglichkeit, von sich aus Teile des Kaufpreises ... auszuzahlen“ könne – so hat das Berufungsgericht gemeint – nur bedeuten, daß F.P. keine persönliche Zahlungspflicht habe übernehmen wollen. Damit hat es eine andere – nach Meinung des erkennenden Senats viel näherliegende – Möglichkeit nicht erwogen. Gerade weil F.P. damals erklärte, über das Vermögen der GVG nicht zugunsten der Kläger verfügen zu können, konnte eine „dennoch“ gezeigte Zahlungsbereitschaft auf F.P. persönlich und sein Vermögen bezogen werden. Weil das Berufungsgericht dies nicht bedacht hat, geriet auch die Würdigung der späteren Schreiben einseitig: Unter dem 20. 10. 1980 wies der Beklagte darauf hin, Gewinne werde die GVG wohl nie erzielen, im übrigen möge sie sich – als Gläubigerin der Kaufpreisansprüche – am besten selbst, anstelle von F.P., zur Auszahlung verpflichten oder die Ansprüche abtreten. Rechtsanwalt U. wies dieses Angebot zurück, beruhigte den Beklagten indes wie folgt: „Damit (mit dem bisherigen Vorschlag) dürften die Interessen ihrer Mandanten hinreichend gewahrt sein. Der vertraglich vereinbarte Zahlungsanspruch entsteht gegen F.P. persönlich und wird von ihm auch erfüllt werden“. Wenn das vom Berufungsgericht herangezogene Schreiben v. 8. 9. 1980 keine ausreichenden Anhaltspunkte dafür enthält, daß die Verpflichtung des F.P. nur gelten sollte, falls die GVG Gewinne erwirtschaftete, konnte die Aussage im Schreiben in einem anderen Licht erscheinen.

Die Feststellung, den Klägern sei es stets nur um unmittelbar gegen die GVG geltend zu machenden Ansprüche gegangen, findet in dem dargestellten Schriftwechsel keine ausreichende Grundlage. Eine unmittelbare Haftung der GVG – dann wohl auch nur als Gesamtschuldner neben F.P. – wurde von dem Beklagten erst mit Schreiben v. 20. 10. 1980 ins Gespräch gebracht. Rechtsanwalt U. hat diesen Vorschlag sofort zurückgewiesen. Die Kläger haben sich letztlich damit abgefunden.

dd) Das Berufungsgericht hat auch **die schriftlichen Erklärungen des Beklagten nach Abschluß des Vertrages, aber vor Beginn des Prozesses, außer auch gelassen.**

Wiederholt – so in Schreiben v. 18. 3. 1985 an die Kläger, v. 18. 5. 1987, v. 30. 5. 1987 und 19. 10. 1987, jeweils an Rechtsanwalt N. – hat der Beklagte zum Ausdruck gebracht, seines Erachtens habe sich F.P. persönlich zur Auszahlung der anteiligen Kaufpreiserlöse verpflichtet. Er könne sich deshalb nicht darauf berufen, daß die GVG keine Gewinne erziele, sondern im Gegenteil mit Verlust arbeite.

ee) Ob die bis zum Schreiben des Rechtsanwalts U. v. 29. 12. 1980 vorgesehene, vom Beklagten in der Fassung v. 15. 1. 1981 dann aber weggelassene „Verpflichtungsklausel“ eine persönliche Schuld des Übernehmers begründet hätte, ist unerheblich. Wenn dem nicht so war – wie das Berufungsgericht meint – und F. P. zur Begründung einer persönlichen Schuld indessen bereit war, traf den Beklagten die anwaltliche Pflicht, der Gegenseite eine andere Klausel vorzuschlagen, die dem Interesse der Mandantschaft – also der Kläger – besser entsprach.

Davon abgesehen ist das Verständnis der „Verpflichtungsklausel“ durch das Berufungsgericht in mehrfacher Hinsicht fehlerhaft. Wenn es dem übereinstimmenden Willen sowohl der Kläger als auch des Übernehmers F. P. entsprach, daß dieser im Falle von Grundstücksverkäufen einen Teil des Erlöses – oder einen Betrag, der diesem Teil entsprach – an die Kläger zahlte, so kam es auf eine Auslegung der Verpflichtungsklausel nicht an. Denn für den Inhalt einer Vereinbarung ist der übereinstimmende Wille der Parteien maßgebend, auch wenn er in ihren Erklärungen keinen oder nur einen unvollkommenen Niederschlag gefunden hat (vgl. u. a. BGHZ 20, 109, 110; 71, 243, 247; BGH, Urt. v. 1. 10. 1987 – IX ZR 117/86; GI 88, 100 = WM 1987, 1520, 1522; v. 25. 3. 1991 – II ZR 169/90, BGHR BGB § 157 „Wille 2“).

Im übrigen ist die „Verpflichtungsklausel“ durch das Berufungsgericht auch fehlerhaft ausgelegt worden. Es hat deren Wortlaut so verstanden, daß F. P. nur bereit war, von den Erlösen, die der GVG tatsächlich zufließen, 10 % an die Kläger weiterzuleiten. Diese Regelung hat es im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung noch weiter eingeschränkt: F. P. hätte unter der Geltung der „Verpflichtungsklausel“ nur dann etwa an die Kläger zahlen müssen, wenn ihm selbst Erlösanteile zugeflossen wären.

Dabei hat das Berufungsgericht den systematischen Zusammenhang nicht beachtet, den die „Erlösbeteiligung“ und die „Gewinnbeteiligung“ in dem Entwurf gehabt hatten. Die „Erlösbeteiligung“ sollte bei einem Verkauf (oder einer unentgeltlichen Überlassung) des Grundbesitzes der GVG erfolgen und sich auf 10 % des Kaufpreises, den die GVG erhielt, (oder 10 % des Verkehrswertes von unentgeltlich weitergegebenen Grundflächen) belaufen. Die daneben vorgesehene „Gewinnbeteiligung“ hatte zur Voraussetzung, daß die GVG Gewinne erzielte und Gewinnanteile an die Gesellschafter auszahlte. Sie belief sich auf je 1/9 des ausgewiesenen und gezahlten Gewinns. Aus den Erlösen der GVG konnte F. P. als Gesellschafter nur dann Nutzen ziehen, wenn sie – durch die Auflösung stiller Reserven – zu einem Bilanzgewinn führten, der an die Gesellschafter ausgeschüttet wurde. Eine solche Ausschüttung hätte daher immer zur Anwendung der „Gewinnbeteiligungsklausel“ geführt. Die „Erlösbeteiligungsklausel“ hätte daneben keinen Sinn gehabt. Wenn sie selbständige Bedeutung haben sollte, mußte sie von der Gewinnverteilung an die Gesellschafter unabhängig sein.

Zu demselben Ergebnis gelangt man, wenn berücksichtigt wird, daß die „Erlösbeteiligung“ auch im Falle der unentgeltlichen Veräußerung des Grundbesitzes gelten sollte. In diesem Falle erzielte die GVG keine „verteilungsfähigen Gewinne“, und mit der tatsächlichen Verteilung konnte schon gar nicht gerechnet werden. Entgegen der nicht nachvollziehbar begründeten Meinung des Berufungsgerichts wären mit einer unentgeltlichen Veräußerung auch keine „Wertzuflüsse“ bei F.P. verbunden gewesen.

Nicht bedacht hat das Berufungsgericht weiterhin, daß die „Erlösbeteiligung“ gerade deshalb eingeführt werden sollte, weil man auf absehbare Zeit nicht mit Gewinnen der GVG rechnete (vgl. Schreiben des Beklagten v. 20.10.1980). Im ersten Entwurf von Rechtsanwalt U. (v. 15.4.1980) war der Anspruch der Kläger tatsächlich auf einen etwaigen „Überschuß“ beschränkt gewesen. Davon hat man alsbald Abstand genommen.

III.

Auch die Verneinung einer **Notarspflichtverletzung** ist rechtsfehlerhaft.

Als Notar schuldete der Beklagte den an der Beurkundung Beteiligten – das waren hier die Kläger – Erforschung ihres Willens, Klärung des Sachverhalts, Belehrung über die rechtliche Tragweite des Geschäfts sowie klare und un-zweideutige Wiedergabe ihrer Erklärungen in der Niederschrift (§17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG). Darüber hinaus hatte er auf die Vermeidung von Irrtümern und Zweifeln sowie von Nachteilen für Unerfahrene und Ungewandte zu achten (§17 Abs. 1 Satz 2 BeurkG). Neben dieser „**Rechtsbelehrung**“ schuldete er eine sogenannte „**Betreuung**“ dann, wenn er aufgrund besonderer Umstände des Falles Anlaß zu der Besorgnis haben mußte, den Klägern entstehe ein Schaden, weil sie sich wegen mangelnder Kenntnis der Rechtslage oder von Sachumständen, die ihre Vermögensinteressen beeinflussten, einer Gefährdung dieser Interessen nicht bewußt waren.

Im vorliegenden Fall sollte der Beklagte die Annahme eines vorgegebenen Vertragsangebots beurkunden. Die Pflicht zur Rechtsbelehrung erschöpfte sich unter diesen Umständen in der Aufklärung über die rechtliche Bedeutung der Annahmeerklärung. Der Inhalt des Vertragsangebots, dem die Annahme galt, gehört nicht zur rechtlichen Tragweite des von dem Beklagten beurkundeten Geschäfts.

Indessen schuldete der Beklagte den Klägern eine „betreuende Belehrung“, wenn ein sorgfältiger Notar erkennen konnte, daß die Kläger, falls sie sich auf das Vertragsangebot einließen, in ihren Vermögensinteressen gefährdet wurden. Das war hier zweifach der Fall.

1. Zum einen sollte den Klägern ein Anspruch des F.P. gegen die GVG „auf Auszahlung eines Kaufpreises beim Verkauf von Grundstücken“ der GVG (teilweise) abgetreten werden. Einen solchen Anspruch konnte der Zedent unter

keinem rechtlichen Gesichtspunkt haben. Der Kaufpreisanspruch stand allein der GVG zu; weder als Geschäftsführer noch als Mitgesellschafter hatte F.P. daran teil.

Allerdings darf ein Notar grundsätzlich davon ausgehen, daß derjenige, der eine Verfügung beurkunden lassen will, Inhaber des Rechts ist, über das verfügt werden soll (vgl. Weber DNotZ 1955, 624, 626; Jansen, FGG 2. Aufl. 3. Bd. § 12 BeurkG Rdnr. 1). Eine Ausnahme gilt aber – abgesehen vom Grundbuchverkehr (vgl. § 21 BeurkG) – dann, wenn sich konkrete Verdachtsmomente aufdrängen. So war es hier. Daß F.P. ohne zusätzliche Vereinbarung mit der GVG nicht über deren Kaufpreisanspruch verfügen konnte, lag für einen Rechtskundigen auf der Hand. Davon abgesehen war gerade dieses Bedenken auch Gegenstand der Vorkorrespondenz zwischen dem Beklagten und dem Interessenvertreter von F.P., Rechtsanwalt und Notar U., gewesen. Dieser hatte mit Schreiben v. 25. 7. 1980 darauf hingewiesen, die GVG und F.P. als ihr Gesellschafter hätten keine Möglichkeit, von den zu erzielenden Kaufpreisen 10 % an die Kläger auszuzahlen, da ihm (F.P.) selbst ein solcher Anspruch nicht zustehe. Das hatte den Beklagten ersichtlich beunruhigt (Schreiben v. 12. 8. 1980 u. v. 20. 10. 1980) und zu einem neuen Vorschlag bewogen: Nicht F.P., sondern die GVG – oder F.P. und die GVG als Gesamtschuldner – sollte(n) sich doch zur Auszahlung verpflichten. Außerdem sollte dem Risiko, daß der Kaufpreisanspruch bei der GVG gepfändet werde, durch eine (Voraus-) Abtretung an die Kläger begegnet werden (a.a.O.). Diesen Vorschlag hatte Rechtsanwalt U. zunächst abgelehnt (undatiertes Schreiben), später aber aufgegriffen und dahin abgeändert, daß nicht die GVG, sondern F.P. „seinen Anspruch gegen die GVG ... auf Auszahlung eines Kaufpreises“ abtreten sollte (Schreiben v. 9. 12. 1980). Dieser wesentliche Unterschied war dem Beklagten, der das Angebot der Gegenseite als „Durchbruch“ begrüßt hatte – „Endlich ist eine Lösung in greifbare Nähe gerückt ...“ (Schreiben v. 18. 12. 1980) – offenbar nicht aufgefallen.

Daß der Beklagte die Kläger über die Gegenstandslosigkeit der vereinbarten Abtretung belehrt habe, hat das Berufungsgericht nicht festgestellt. Es hat im Gegenteil den Vertrag als „widerspruchsfreie Gesamtregelung“ gewertet. Eine Belehrung hat der Beklagte – soweit ersichtlich – auch niemals behauptet.

2. Zum andern konnte ein sorgfältiger Notar beim Durchlesen des Angebots erkennen, daß es in sich nicht „stimmig“ war, weil die Kläger – nachdem der abgetretene Anspruch nicht bestand – auf einen Anspruch gegen den Vertragspartner angewiesen waren, der in dem Angebot nicht deutlich zum Ausdruck kam. Darauf hätte er die Kläger hinweisen müssen. Daß er dies getan habe, behauptet der Beklagte selbst nicht.

C.

Das angefochtene Urteil erweist sich auch nicht aus anderen Gründen als richtig (§ 563 ZPO).

I.

Den angeblichen Vorschlag des Beklagten, die persönliche Verpflichtung des Übernehmers F. P. „herauszunehmen“ (vgl. oben B II 2 b bb), und das behauptete Einverständnis der Kläger haben diese – auch im Rahmen einer Parteivernehmung – bestritten. Das Berufungsgericht hat dazu – von seinem Standpunkt aus folgerichtig – keine Feststellungen getroffen. Für das Revisionsverfahren ist somit davon auszugehen, daß der Beklagte bis zuletzt beauftragt war, den Klägern einen Anspruch gegen F. P. zu verschaffen.

II.

Der in der Berufungsbegründung erhobene **Einwand des Mitverschuldens** (§ 254 BGB) greift nicht durch. Selbst wenn das Fehlen einer persönlichen Verpflichtung des Übernehmers bei sorgfältigem Durchlesen des Vertrages v. 27.1./11. 2. 1981 von den Klägern hätte festgestellt werden können, folgt daraus kein Vorwurf. Der Einwand aus § 254 BGB kann nicht mit Aussicht auf Erfolg geltend gemacht werden, wenn die Verhütung des entstandenen Schadens nach dem Inhalt des Beratungsvertrages dem in Anspruch genommenen Schädiger allein oblag. **Deswegen kann es dem vertraglich zu Beratenden im allgemeinen nicht als mitwirkendes Verschulden vorgehalten werden, er hätte das, worüber ihn sein – auf dem bestimmten Gebiet an Wissen überlegener – Berater hätte aufklären sollen, bei entsprechenden Bemühungen auch ohne fremde Hilfe erkennen können** (BGH, Urt. vom 17.10.1991 – IX ZR 255/90; GI 92, 59 = NJW 1992, 307, 309; insofern in BGHZ 115, 382 nicht abgedr.; v. 19.12.1991 – IX ZR 41/91; GI 92, 259 = NJW 1992, 820). Dies gilt insbesondere im Verhältnis des Rechtsanwalts zu seinem Mandanten. Die rechtliche Bearbeitung eines ihm anvertrauten Falles obliegt allein dem Anwalt. Der Mandant muß – selbst wenn er über eine juristische Vorbildung verfügt – darauf vertrauen können, daß der beauftragte Anwalt die anstehenden Rechtsfragen fehlerfrei beantwortet, ohne daß eine Kontrolle notwendig ist. **Daher kommt ein Mitverschulden des Mandanten grundsätzlich nicht in Betracht, soweit es um die rechtliche Bearbeitung des Falles geht** (ebenso Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht 1989 Rdnr. 417; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 4. Aufl., Rdnr. I 247).

III.

Ein Schaden der Kläger kann derzeit nicht verneint werden.

1. Anders wäre es freilich, wenn der Erbteilübertragungsvertrag insgesamt nichtig wäre.

Das Landgericht hatte die Abtretung des – nicht bestehenden – Anspruchs auf Zahlung eines Verkaufserlösanteils als unwirksam gemäß § 306 BGB angesehen, jedoch eine Ausdehnung der Unwirksamkeit auf den gesamten Vertrag gemäß § 139 BGB abgelehnt. Dies hatte die Berufung – mit dem Ziel einer Feststellung der Gesamtnichtigkeit – angegriffen. Das versprach schon deshalb keinen Erfolg, weil § 306 BGB auf dingliche Verträge nicht anwendbar ist (MünchKomm/Söllner, BGB 2. Aufl., § 306 Rdnr. 1; Palandt/Heinrichs, BGB 52. Aufl., § 306 Rdnr. 2). Zwar kann eine aus § 306 BGB folgende Nichtigkeit des Verpflichtungsgeschäfts das dingliche Geschäft erfassen (vgl. BGHZ 31, 321, 323; Palandt/Heinrichs, a.a.O. § 139 Rdn. 71). Abgesehen davon, daß eine schuldrechtliche Verpflichtung nach Meinung des Beklagten in dem Vertrag gar nicht enthalten war, wäre ihre Erfüllung – wie oben dargelegt – hier auch nicht objektiv unmöglich gewesen.

2. An einem Schaden würde es auch dann fehlen, wenn ein Anspruch gegen F.P. – wie der Beklagte behauptet – wegen dessen Mittellosigkeit nicht durchsetzbar gewesen wäre.

F.P. hat als Zeuge ausgesagt, er lebe – als Alleinstehender – in auskömmlichen Verhältnisse, beziehe z. B. von der GVG ein Geschäftsführergehalt von monatlich 14.000 DM brutto und habe nie Schulden gehabt. Diese Aussage hat das Berufungsgericht nicht gewürdigt.

Im übrigen weisen die Kläger zu Recht darauf hin, daß sie aufgrund eines gegen F.P. gerichteten Titels die Geschäftsanteile, die F.P. innehat, hätten pfänden können. Dadurch hätten sie ein Pfändungspfandrecht erhalten und die gepfändeten Geschäftsanteile nach § 844 ZPO verwerten, nämlich gemäß § 857 Abs. 5 ZPO veräußern können (Hachenburg/Zutt, GmbHG 8. Aufl. Anh. § 15 Rdnr. 82 ff; Scholz/Winter, GmbHG 8. Aufl. § 15 Rdnr. 177; Baumbach/Hueck, GmbHG 15. Aufl. § 15 Rdnr. 62).

IV.

Die von dem Beklagten erhobene Verjährungseinrede kann aufgrund der bisherigen Feststellungen nicht als begründet angesehen werden.

1. Der **Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz gegen einen Rechtsanwalt verjährt in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist, spätestens in drei Jahren nach der Beendigung des Auftrags (§ 51 BRAO).**

- a) Das Berufungsgericht hat – von seinem Standpunkt aus folgerichtig – nicht dazu Stellung genommen, wann der **Schaden entstanden** ist. Entscheidend ist insoweit, wann die **Vermögenslage des Betroffenen sich verschlechtert hat**; es kommt nicht darauf an, ob Umfang und Höhe sowie die Endgültigkeit der Beeinträchtigung noch ungewiß sind. **Ist dagegen**

noch offen, ob pflichtwidriges, ein Risiko begründendes Verhalten zu einem Schaden führt, ist ein Ersatzanspruch noch nicht entstanden. Es handelt sich dann erst um eine bloße Gefährdung einer Rechtsposition, die jedenfalls für das Entstehen eines vermögensrechtlichen Regreßanspruches gegen einen Dritten noch nicht einem Schaden gleichsteht (BGH, Urt. v. 15.10.1992 – IX ZR 43/92; Gl 93, 117 = WM 1993, 251, 255).

Im vorliegenden Fall kommen drei Möglichkeiten in Betracht: Entweder ist der Schaden bereits mit Abschluß des Erbteilübertragungsvertrages entstanden oder mit dem Zeitpunkt, als F.P. sich weigerte, die Kläger an weiteren Verkaufserlösen zu beteiligen, oder mit Rechtskraft des Urteils im Vorprozeß, daß F.P. darin Recht gab.

Käme es auf den zuerst genannten Zeitpunkt an, wäre zumindest der Primäranspruch verjährt. Denn die erste zur Unterbrechung der Verjährungsfrist geeignete Handlung war die Streitverkündung im Vorprozeß (§ 209 Abs. 2 Nr. 4 BGB). Der entsprechende Schriftsatz wurde erst am 9.9.1986 eingereicht.

Wäre der Zeitpunkt entscheidend, als F.P. weitere Zahlungen an die Kläger aufgrund des Erbteilübertragungsvertrages ablehnte – mithin aus dessen möglicherweise mißlungenen Fassung Konsequenzen zog –, hätte die Verjährungsfrist wohl mit Zugang des Schreibens vom 7.11.1983 zu laufen begonnen. In diesem Schreiben hatte F.P. – unter Ablehnung weiterer Leistungen – darauf aufmerksam gemacht, daß den Klägern ein nicht bestehender Anspruch abgetreten worden sei; auf eine persönliche Verpflichtung war er mit keinem Wort eingegangen. Begann die Verjährung mit Zugang des Schreibens vom 7.11.1983, wäre die Unterbrechung rechtzeitig erfolgt.

Die Rechtskraft des Urteils im Vorprozeß wäre dann maßgeblich, wenn dieser unrichtig entschieden worden wäre. Dafür sind immerhin Anhaltspunkte erkennbar. Daß die „Verpflichtungserklärung“ in § 6 des Vertrages versehentlich und nicht etwa planvoll weggelassen wurde, könnte sich daraus ergeben, daß nach wie vor die „Verpflichtung zur Auszahlung des Kaufpreises“ auf etwaige Rechtsnachfolger von F.P. übertragen werden mußte. Wenn die Vertragsparteien einem der Beteiligten die Verpflichtung auferlegten, eine Schuld an einen Rechtsnachfolger weiterzugeben, dann läßt sich daraus regelmäßig entnehmen, daß sie sich über die Begründung der Schuld im Verhältnis untereinander einig waren. Hinzu kommt, daß die „Verpflichtung zur Auszahlung“ nach wie vor bei einer unentgeltlichen Veräußerung gelten sollte. Weshalb für diesen Fall, den die Vertragsparteien bisher einer entgeltlichen Veräußerung gleich gehalten hatten, nun plötzlich etwas Besonderes gelten sollte, ist nicht ohne weiteres ersichtlich. Schließlich könnte auch aus der objektbezogenen Einschränkung „Der Anspruch auf Auszahlung ... entsteht nicht, wenn ... (an dieser Stelle wurden bestimmte Grundstücke aufgezählt)“ gefolgert werden, daß im vorangegangenen Vertragstext eine Lücke besteht, die sinnvoll geschlossen werden muß.

Hätte das Landgericht Hamburg also möglicherweise zum gegenteiligen Ergebnis gelangen müssen, wäre eine entscheidende Verschlechterung der Vermögenslage der Kläger erst mit rechtskräftigem Abschluß des Vorprozesses eingetreten. Dann wäre, falls der Auftrag des Beklagten nicht früher endete, für den Beginn der Frist auf diesen Zeitpunkt abzustellen. Die Verjährung wäre dann rechtzeitig unterbrochen worden.

- b) Wann der dem Beklagten erteilte **Anwaltsauftrag endete**, ist streitig. Festgestellt ist insoweit nicht. Die Streitverkündung im Vorprozeß wurde am 9.9.1986 eingereicht und „demnächst“ zugestellt, so daß § 270 Abs. 3 ZPO anzuwenden ist. Falls das Mandat des Beklagten vor dem 9.9.1983 geendet haben sollte, wäre der Regreßanspruch mithin verjährt.
- c) Den Klägern kann aber ein sogenannter **Sekundäranspruch** erwachsen sein. Nach ständiger Rechtsprechung (vgl. BGHZ 94, 380, 386 = GI 32/85; BGH, Urt. v. 18.9.1986 – IX ZR 204/85, NJW 1987, 326; v. 14.11.1991 – IX ZR 31/91; GI 92, 71 = NJW 1992, 836, 837) wird ein solcher daraus hergeleitet, **daß der Anwalt bei der weiteren Wahrnehmung des Mandats die Möglichkeit einer Regreßhaftung erkennt oder erkennen muß und es gleichwohl unterläßt, den Mandanten auf den Regreßanspruch und dessen drohende Verjährung hinzuweisen.**

Das Berufungsgericht stellt nicht fest, ob und wann für den Beklagten nach Abschluß des Erbübertragungsvertrages – bis dahin begangene Pflichtverletzungen lösten den Schaden und damit den Primäranspruch erst aus, sind also für den Sekundäranspruch unerheblich (BGHZ 94, 380, 387) – ein Anlaß zur Überprüfung des eigenen Verhaltens bestand oder er einen Schaden der Kläger in Betracht ziehen mußte. Das könnte jedenfalls der Fall gewesen sein, als sich der Beklagte mit dem Schreiben des F.P. vom 7.11.1983 zu befassen hatte. Das Antwortschreiben vom 24.4.1984 stammt aus der Feder des Beklagten. Ob das frühere Mandatsverhältnis solange andauerte oder ob das Schreiben aufgrund eines neuen Auftrags entworfen wurde (wofür die Abrechnung im Schreiben vom 18.3.1985 – sprechen könnten), ist ungeklärt. Erhält der Anwalt nach Beendigung des ersten Mandats, aus dem der Schadenersatzanspruch entstanden ist, **ein neues Mandat** über denselben Gegenstand, so kann sich daraus zwar erneut eine Hinweispflicht auf den Schadenersatzanspruch aus dem alten Mandat ergeben; **Voraussetzung ist aber, daß bei Übernahme des neuen Mandats die Verjährung des Primäranspruchs noch läuft** (BGH, Urt. v. 10.10.1985 – IX ZR 153/84; GI 44/85 = NJW 1986, 581, 583; Vollkommer, a.a.O. Rdnr. 474; Borgmann/Haug, Anwaltshaftung 2. Aufl., S. 272 f.). Ob hier das neue Mandat zu einem Zeitpunkt erteilt wurde, als der Primäranspruch noch nicht verjährt war, ist fraglich. Das Berufungsgericht hat dazu nichts festgestellt. Darüber hinaus muß auch die weitere Pflichtverletzung, die den Sekundäranspruch auslöst, zu einer Zeit begangen sein, zu der der Primäranspruch noch nicht verjährt war (BGHZ 94, 380, 391 = GI 32/85; BGH, Urt. vom

8. 5. 1984 – VI ZR 156/82; GI 13/84 = NJW 1984, 2204; v. 1. 10. 1987 – IX ZR 202/86; GI 88, 37 = NJW 1988, 265, 266; v. 14. 11. 1991 – IX ZR 31/91; GI 92, 71 = NJW 1992, 836, 837). Diese Voraussetzung wäre hier nicht zweifelhaft, wenn das Schreiben v. 7. 11. 1983 alsbald nach Zugang den Anlaß für die erneute Einschaltung des Beklagten gegeben hätte: In diesem Fall hätte die Erteilung des neuen Mandats zugleich den Anlaß zur Überprüfung des eigenen Verhaltens während des früheren Mandats gegeben.

Die **Verjährungsfrist für den Sekundäranspruch** beträgt ebenfalls drei Jahre; sie beginnt mit der Verjährung des Primäranspruchs, wenn diese vor der Mandatsbeendigung erfolgt, andernfalls mit dieser (BGHZ 94, 380, 390 = GI 32/85; Vollkommer, a.a.O. Rdnr. 474; Borgmann/Haug, a.a.O. S. 273). Ist der Sekundäranspruch – wie es hier in Betracht kommt – im Rahmen eines neuen Mandatsverhältnisses entstanden, so ist nicht auf das Ende des alten, sondern des neuen Mandatsverhältnisses abzustellen. Ob dieses mit dem Schreiben vom 24. 4. 1984 geendet oder darüber hinaus andauert hat, ist tatrichterlich nicht geklärt. Ebenso wenig geklärt ist, ob das neue Mandatsverhältnis gegebenenfalls vor der Verjährung des Primäranspruchs beendet war.

In jedem Falle wurde die Verjährung eines etwaigen Sekundäranspruchs durch die **Streitverkündung im Vorprozeß** unterbrochen. Die Unterbrechung, die zunächst für alle Schadenersatzansprüche wirkte, gilt aber nach § 215 Abs. 2 BGB für solche Ansprüche als nicht erfolgt, die später als sechs Monate nach Beendigung des Vorprozesses gerichtlich geltend gemacht wurden. Eine **Teilklage** – und ebenso ein nur auf einen Teil des Anspruchs gerichteter Mahnbescheid – unterbricht nur die Verjährung dieses Teilanspruchs (BGHZ 66, 142, 147; BGH, Urt. v. 22. 2. 1978 – VIII ZR 24/77, NJW 1978, 1058, 1059; MünchKomm/v. Feldmann, BGB § 209 Rdnr. 9; Palandt/Heinrichs, a.a.O. § 209 Rdnr. 14). Deshalb könnten der erst mit Schriftsatz vom 5. 4. 1989 geltend gemachte Feststellungsanspruch und der mit Schriftsatz v. 7. 5. 1990 erhobene weitergehende Zahlungsanspruch verjährt sein.

2. **Schadenersatzansprüche aus Amtspflichtverletzung eines Notars** verjähren in drei Jahren (§ 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO i. V. m. §§ 839, 852 BGB). Gemäß § 852 Abs. 1 BGB beginnt die Verjährungsfrist mit der Kenntnis des Geschädigten von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen.

Ist der Schaden erst mit Rechtskraft des Urteils des Landgerichts Hamburg im Vorprozeß eingetreten, wäre die Verjährungsfrist durch die Erhebung der vorliegenden Klage rechtzeitig unterbrochen worden (§ 209 BGB). Dies würde auch für die im Laufe des Verfahrens neu gestellten Anträge gelten.

Wenn der Zugang des Schreibens P. vom 7. 11. 1983 maßgeblich ist, hätte die zunächst eingetretene Unterbrechung (§ 209 Abs. 2 Nr. 4 BGB) wiederum nach § 215 Abs. 2 BGB ihre Wirkung teilweise verloren. Dasselbe hätte wohl

zu gelten, falls der Schaden bereits mit Abschluß des Erbteilübertragungsvertrages entstanden ist. Denn dann hätten die Kläger kaum vor Zugang des Schreibens vom 7.11.1983 Kenntnis von dem Schaden erlangt.

V.

Soweit der Beklagte als Notar in Anspruch genommen wird, kann er sich nicht auf die Subsidiarität seiner Haftung (§ 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO) berufen.

Ist der Schaden, der durch die **fahrlässige Pflichtverletzung eines Notars entstanden ist, zugleich auch auf einen Anwaltsfehler zurückzuführen, kann der Notar den Geschädigten grundsätzlich auf diese anderweitige Ersatzmöglichkeit verweisen. Das gilt aber dann nicht, wenn der Notar und der Anwalt ein und dieselbe Person sind.**

§ 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO ist dem § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB nachgebildet. Diese Vorschrift wird allgemein so verstanden, daß das **Verweisungsprivileg nur eingreift, wenn ein Dritter unmittelbar für den Schadenfall und die daraus herrührenden Folgen einzustehen hat** (F. Kreft, Öffentlich-rechtliche Ersatzleistungen 1980, Rdnr. 487; MünchKomm/Papier, BGB 2. Aufl., § 839 Rdnr. 259). Das ergibt sich aus dem Sinn und Zweck der Vorschrift, den in der Regel leistungsschwachen Organwalter zu schützen und ihn vor Gesamtschuldverhältnissen mit privaten Zweitschädigern zu bewahren (vgl. Soergel/Glaser, BGB 11. Aufl., § 839 Rdnr. 38, 211; MünchKomm/Papier, a.a.O., § 839 Rdnr. 258). Die Rechtsprechung betrachtet sogar die verschiedenen rechtlich selbständigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts grundsätzlich als eine wirtschaftliche Einheit; hier kann die eine Person den Geschädigten nicht auf Ansprüche gegen die andere Person verweisen (BGHZ GrS 13, 88, 104 f; BGHZ 49, 267, 275; 62, 394, 396 f; 68, 217, 221). Erst recht entfällt das Verweisungsprivileg, wenn es nur um andere Anspruchsgrundlagen, aber um die Ersatzpflicht ein und derselben öffentlich-rechtlichen Körperschaft geht (RGZ 165, 365, 374; BGHZ 29, 38, 44; 49, 267, 269; 79, 26, 27 f.). Durch eine Verweisungsmöglichkeit würde weder die Entschlußfreudigkeit der Körperschaft gestärkt noch ihre wirtschaftliche Leistungskraft geschont. Für § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO kann nichts anderes gelten. Deshalb ist es dem Notar, der zugleich Anwalt ist und in beiden Eigenschaften einen Fehler begangen hat, verwehrt, den Ersatzanspruch durch Hinweis auf seine Haftung als Rechtsanwalt abzuwehren. Ob diese – etwa wegen Verjährung – nicht mehr durchsetzbar wäre, ist unerheblich.

Honoraranspruch

- Einforderbarkeit, § 9 StBGebVO
- substantiierter Sachvortrag
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 11. 3. 1993 – 13 U 123/92)

Leitsatz (d.Verf.):

1. Hat der Steuerberater erbrachte Leistungen ordnungsgemäß abgerechnet, so bleibt die Einforderbarkeit zumindest der behaupteten niedrigeren Pauschale unberührt.
2. Behauptet der Mandant, er habe niedrigere monatliche Pauschalen mit dem Steuerberater vereinbart, so ist er hierfür beweispflichtig. Er hat darzulegen, wann er, wo, mit welchen Personen die behauptete Vereinbarung getroffen hat.

Aus den Gründen:

1. Das Landgericht hat die Beklagte zunächst zu Recht und ohne daß es darauf ankommt, ob die Parteien eine Pauschalvereinbarung getroffen haben, zur Zahlung von 1.920,09 DM gemäß den Rechnungen vom 2.4., 23.5. und 11.6.1991 verurteilt. Auf die diesbezüglichen zutreffenden Ausführungen im angefochtenen Urteil wird Bezug genommen.

Die Auffassung der Beklagten, diese Forderung sei nicht fällig, weil infolge Nichtbeachtung der vereinbarten Pauschale die zugrunde liegenden Rechnungen nicht ordnungsgemäß erteilt worden seien, teilt der Senat nicht.

Gemäß § 7 StBGebVO wird die Vergütung fällig, wenn der Auftrag erledigt oder die Angelegenheit beendet ist. Die unstreitig vom Kläger erbrachte Lohnbuchhaltung ist beendet im Sinne dieser Vorschrift. Die Beklagte hat die dem obigen Betrag zugrunde liegenden Rechnungen unstreitig erhalten. Darin sind die Gebühren so berechnet, wie es § 9 StBGebVO weiterverlangt, damit das Honorar einforderbar ist. Die Rechnungen sind auch vom Kläger unterschrieben, so daß weiter dem Erfordernis von Abs. 2 dieser Bestimmung Genüge getan ist. **Selbst wenn unter diesen Voraussetzungen eine von der Beklagten behauptete Pauschale unberücksichtigt geblieben wäre, so ließe das die Einforderbarkeit zumindest der – niedrigeren – Pauschale unberührt. Insoweit würde es sich nur um eine fehlerhafte Berechnung handeln. Die Rechtswirkung der Liquidation bleibt davon unberührt** (Eckert-Böttcher, Kommentar zur StBGebVO, 2. Aufl., § 9 Anm. 4).

2. Bezahlung der Rechnung vom 18.4.1991 über weitere 6.703,20 DM Buchhaltungshonorar kann der Kläger gleichfalls verlangen. **Demgegenüber kann die Beklagte sich nicht darauf berufen, man habe eine (niedrigere) monatliche Pauschale vereinbart. Sie geht zutreffend davon aus, daß sie eine**

solche beweisen muß (Eckert-Böttcher, a.a.O., § 4 Anm. 10), und beruft sich diesbezüglich in beiden Rechtszügen auf den Zeugen. Schon das Landgericht hat in seinem klageabweisenden Urteil zu Recht darauf hingewiesen, die Beklagte habe ihr Vorbringen hierzu nicht substantiiert: **Sie habe weder vorgetragen, wann die entsprechende Vereinbarung getroffen worden sein soll, noch habe sie dargelegt, welche Personen hieran beteiligt gewesen seien. Darüber hinaus gibt die Beklagte auch den Ort der Vereinbarung nicht an.** Sie ist nicht nur im angefochtenen Urteil auf die mangelnde Substantiierung deutlich hingewiesen worden, darüber hinaus hat der Kläger in der Berufung dies nochmals besonders betont und dazu, wie bereits im ersten Rechtszug, ergänzend erklärt, er kenne den von der Beklagten benannten Zeugen nicht. Trotz alledem hat die anwaltlich beratene Beklagte keine Veranlassung gesehen, nunmehr die notwendigen Einzelheiten zu dieser angeblichen Pauschalvereinbarung vorzutragen. Sie hat sich weiter nur allgemein auf diesen Zeugen berufen. Unter diesen Umständen besteht keine Veranlassung, ihn zu hören. Seine Vernehmung würde auf reine Ausforschung hinauslaufen und ist deshalb unzulässig. Die Beklagte ist somit für das Vorliegen einer von ihr behaupteten Pauschalvereinbarung beweisfällig geblieben. Schon diese Erwägungen tragen die Entscheidung des Landgerichts bezüglich der weiter zugesprochenen 6.703,20 DM.

Eine weitere Überlegung rechtfertigt dieses Ergebnis zusätzlich: Die Beklagte hat sich im zweiten Rechtszug darauf berufen, schon für die Jahre 1988 und 1989 habe der Kläger die Pauschale erhalten, ohne jemals eine Berechnung nach der Steuerberatergebührenverordnung vorzunehmen. Dieser Vortrag ist unrichtig. Der Kläger hat im Schriftsatz vom 11. 1. 1993 im einzelnen erläutert, wie die Geschäftsbeziehungen der Parteien sich seit Mitte 1985 entwickelt haben und wie jeweils abgerechnet worden ist. Dazu hat er die entsprechenden Unterlagen vorgelegt. Sie weisen aus, daß auch früher schon auf der Grundlage des Jahresnettoumsatzes abgerechnet worden ist. **Dabei ist die ursprünglich eingeforderte Vorauszahlung von 500 DM für das Jahr 1989 nachträglich und in Anpassung des Gegenstandswertes an die wirtschaftliche Entwicklung des von der Beklagten betriebenen Unternehmens auf 750 DM angehoben worden.** Die Beklagte hat dem nicht widersprochen und hat diese höheren Beträge anstandslos, wenn auch wiederholt erst nach mehreren Mahnungen, gezahlt. In genau gleicher Weise ist der Kläger für das hier streitige Jahr 1990 verfahren. Es kann deshalb keine Rede davon sein, der Kläger habe schon immer die hier streitige Pauschale erhalten. Rechnungen und Schriftverkehr über den gesamten Zeitraum, in dem der Kläger für die Beklagte tätig geworden ist, sprechen eindeutig gegen die Darstellung der Beklagten.

Honorar / Mandatsvertrag

- Zeitgebühr
 - Auslagenpauschale
 - Kündigung
 - Allgemeine Geschäftsbedingungen
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 27. 5. 1993 – 13 U 201/92)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Die Geltendmachung einer Zeitgebühr verlangt wegen der Gebührenhöhe den Hinweis auf § 13 StBGebV.
2. Die Unkostenpauschale kann in jeder selbständigen gebührenrechtlichen Angelegenheit verlangt werden (§ 16 StBGebV). Jede Steuererklärung ist eine selbständige „Angelegenheit“.
3. Der Steuerberatungsvertrag kann gemäß § 627 BGB fristlos gekündigt werden.
4. Das Kündigungsrecht nach § 627 BGB kann in Formularverträgen nicht wirksam abgedungen werden. (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 AGB-Gesetz)

Aus den Gründen:

Die Kläger können für die aufgrund des Steuerberatervertrages v. 27. 3. 1990 geleisteten Dienste Gebühren in Höhe von 4.373,38 DM beanspruchen. Der weitergehende Zahlungsanspruch ist dagegen unbegründet. Die Berufung hat auch keinen Erfolg, soweit sie sich gegen die Feststellung im angefochtenen Urteil wendet, das Vertragsverhältnis der Parteien sei durch die fristlose Kündigung der Beklagten v. 22. 3. 1991 beendet worden.

I.

Der Senat teilt nicht die Ansicht des Landgerichts und der Beklagten, der Steuerberatervertrag v. 27. 3. 1990 umfasse keinesfalls Beratungsleistungen, die das Steuerjahr 1990 betreffen. Die Kläger sind, legt man den Wortlaut des Vertrages zugrunde, mit der laufenden Steuerberatung für die Zeit ab 1. 1. 1991 beauftragt worden. Vertragsgegenstand sind demgemäß die Leistungen, die erst mit dem Beginn des Jahres 1991 erbracht werden konnten. Hierzu zählen aber zwangsläufig die Jahresabschlußarbeiten 1990, darüber hinaus auch die das Jahr 1990 betreffenden Steuererklärungen, die erst nach Schluß des Kalender-(Geschäfts-, Wirtschafts-) Jahres angefertigt werden können. Daß sich die Beklagte von März bis Dezember 1990 im Gründungsstadium befunden und der Geschäftsbetrieb geruht hat, beeinflußt die ihr obliegenden Bilanzierungs- und Steuererklärungspflichten nicht.

Gemäß § 242 Abs. 1 und Abs. 2 HGB hat der Kaufmann für den Schluß eines jeden Geschäftsjahres eine Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen. Daß das Geschäftsjahr hier einen vom Kalenderjahr abweichenden

Zeitraum umfaßt, ist, soweit es um das Ende des Geschäftsjahres geht, nicht dargelegt worden. Vor Ablauf des Jahres 1990 hätte die Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung aber nicht angefertigt werden können. Erst nach Ablauf des Jahres 1990 standen die in Betracht kommenden Ansätze endgültig fest. Allerdings hätten Abschlußvorarbeiten bereits im Jahre 1990 ausgeführt werden können. Eine nach § 35 Abs. 3 Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) mögliche Vergütung für derartige Leistungen beanspruchen die Kläger indessen nicht.

Hinsichtlich der Steuererklärungen, für deren Fertigung Gebühren verlangt werden, ergibt sich kein anderes Bild. Sämtliche von den Klägern vorgelegten Steuererklärungen konnten erst im Jahre 1991 erstellt werden.

II.

Die Kläger haben die im Jahre 1991 erbrachten Leistungen mit insgesamt 4.882,62 DM berechnet. Die Beklagte ist allerdings nur verpflichtet, 4.373,38 DM zu entrichten.

Im einzelnen:

1. Rechnung vom 26. 2. 1991 über 1.106,94 DM.

Die Kläger können für die **Bilanz** per 31. 12. 1990 nebst **Gewinn- und Verlustrechnung die Mittelgebühr (23/10)** gemäß § 35 Abs. 1a StBGebV nach einem Gegenstandswert von 50.000 DM, also 710,70 DM beanspruchen. Die Rechnung entspricht – entgegen der Ansicht der Beklagten – den Formanfordernissen des § 9 StBGebV. **Die Tatsache, daß die Beklagte nicht bereit gewesen ist, die fertiggestellte Bilanz entgegenzunehmen, beeinflußt den Honoraranspruch der Kläger nicht.** Gegenstandswert ist, wie sich aus § 35 Abs. 1 Nr. 1 StBGebV ergibt, das Mittel zwischen der berichtigten Bilanzsumme und der betrieblichen Jahresleistung. Da letztere hier entfällt, bemißt sich der Gegenstandswert nur nach der Bilanzsumme, die 51.106,80 DM beträgt. Daß die Ansätze in der Bilanz, die zu diesem Betrag geführt haben, fehlerhaft sind, hat die Beklagte nicht substantiiert dargelegt.

Den Klägern steht darüber hinaus die Pauschale für Post- und Fernmeldegebühren gemäß § 16 StBGebV in Höhe von 40 DM zu. Insgesamt beläuft sich ihr Honoraranspruch damit auf 855,80 DM (einschließlich Mehrwertsteuer).

Die für die Fertigstellung der Finanzbuchhaltung berechneten 220 DM können die Kläger dagegen nicht beanspruchen. Diese Leistung ist unstreitig nicht Gegenstand des Steuerberatervertrages vom 27. 3. 1990. Die Zeugen haben die Behauptung der Kläger, Anfang Januar 1991 habe der Zeuge G. E. namens der Beklagten den Auftrag zur Erledigung der Finanzbuchhaltung erteilt, nicht bestätigt.

2. Rechnung vom 26. 2. 1991 über 3.570,48 DM.

Die Kläger können für die berechneten Leistungen ein Honorar von 3.517,58 DM beanspruchen. Die Einwendungen der Beklagten greifen nur in einem Punkt durch.

Zunächst entspricht die Rechnung den formalen Voraussetzungen des § 9 StBGebV. Die fertiggestellten Steuererklärungen, die der Beklagten angeboten worden sind, gehören, wie bereits dargelegt, zum Leistungsumfang des Steuerberatervertrages vom 27. 3. 1990. Bei den angesetzten Gegenstandswerten handelt es sich, sieht man von zwei Ausnahmen ab, um die in der Steuerberatergebührenverordnung vorgesehenen Mindestwerte. Aber auch die höheren Gegenstandswerte sind nicht zu beanstanden. Der Wert für die Anfertigung der Erklärung zur Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital richtet sich gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 5 b StBGebV nach dem Gewerbekapital vor Berücksichtigung der Freibeträge. Aus welchen Gründen der in der vorgelegten Steuererklärung angegebene „Hilfswert“ von 50.000 DM zu hoch bemessen ist, hat die Beklagte nicht näher dargelegt. Das Betriebsvermögen haben die Kläger in der Vermögensaufstellung auf den 1. 1. 1991 mit 48.582 DM angegeben. Welche der Ansätze, die diesem Wert zugrunde liegen, fehlerhaft sind, hat die Beklagte ebenfalls nicht vorgetragen.

Die Kläger haben sich schließlich bei der Berechnung der Unkostenpauschale im Rahmen des § 16 StBGebV gehalten. Nach dieser Vorschrift hat der Steuerberater Anspruch auf Ersatz der bei der Ausführung des Auftrags entstandenen Post- und Fernmeldegebühren; er kann in derselben Angelegenheit jedoch höchstens 40 DM beanspruchen. Das Gesetz verwendet auch in dieser Norm (vgl. § 7 StBGebV) die Begriffe „Auftrag“ und „Angelegenheit“, denen eine unterschiedliche Bedeutung beizumessen ist. **Der „Auftrag“ umfaßt in der Regel mehrere selbständige gebührenrechtliche „Angelegenheiten“** (Eckart/Böttcher, Steuerberatergebührenverordnung, 2. Aufl., § 12 Rdn. 2). **Unabhängig davon, was die Parteien im einzelnen vereinbart haben, ist jede der Steuererklärungen als eine selbständige „Angelegenheit“ anzusehen. Das gilt auch, wenn zwei Teilgebühren gewährt werden, wie bei der Gewerbesteuererklärung** (Eckart/Böttcher, a.a.O., § 24 Rdn. 1).

Die Rechnung der Kläger ist lediglich korrekturbedürftig, soweit es um das Honorar für die Eigenkapitalgliederung geht. Sie können nur die Mittelgebühr nach § 24 Abs. 1 Nr. 4 StBGebV (3,5/10) beanspruchen, also 319,90 DM. Daß die hier berechneten Leistungen eine überdurchschnittliche Bedeutung oder einen mehr als durchschnittlichen Schwierigkeitsgrad gehabt haben, ist dem Sachvortrag der Kläger nicht zu entnehmen.

Läßt man die ansonsten noch vorgenommenen Auf- und Abrundungen außer Betracht, so errechnet sich ein Betrag von 3.085,60 DM und nach Hinzurechnung der Mehrwertsteuer (431,98 DM) ein solcher von 3.517,58 DM.

3. Rechnung vom 26. 2. 1991 über 180 DM.

Den in Rechnung gestellten Betrag können die Kläger schon deshalb nicht beanspruchen, weil die Rechnung nicht den Anforderungen des § 9 StBGebV entspricht. **Da eine Zeitgebühr geltend gemacht wird, hätte nicht nur § 35 Abs. 3 StBGebV, sondern auch § 13 StBGebV, der die Höhe der Gebühr regelt, genannt sein müssen** (OLG Düsseldorf – 18. Zivilsenat – GI 1990, 113; Senat, Urt. v. 17. 10. 1991 – 13 U 51/91; Bonner Handbuch, § 9 STEUGO, Rdn., 9.320; vgl. auch: Eckart/

Böttcher, a.a.O., § 9 Anm. 2.2 „Beispiel Zeitgebühr“). Bei dieser Sachlage kann die Frage, ob die Gebühr sachlich gerechtfertigt ist, dahinstehen. Die berechneten 205,20 DM sind jedenfalls nicht einforderbar und klagbar.

II.

Der Zinsanspruch ist im zuerkannten Umfang gerechtfertigt gemäß §§ 286, 288 BGB.

III.

Das Landgericht hat dem mit der Widerklage erhobenen Feststellungsbegehren der Beklagten allerdings zu Recht entsprochen. Das Vertragsverhältnis der Parteien ist durch die fristlose Kündigung der Beklagten vom 22. 3. 1991 beendet worden.

1. **Die Beklagte war berechtigt, das Mandatsverhältnis zu den Klägern gemäß § 627 BGB fristlos zu kündigen. Diese Vorschrift kommt zur Anwendung, wenn Dienste höherer Art geleistet werden, die aufgrund besonderen Vertrauens übertragen zu werden pflegen, es sei denn, der Dienstverpflichtete steht in einem dauernden Dienstverhältnis mit festen Bezügen.** Den Klägern ist die laufende Wahrnehmung der steuerlichen Belange der Beklagten übertragen worden. Das umfassende Mandatsverhältnis ist rechtlich als Dienstvertrag, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hat (§§ 611, 675 BGB), zu werten. Die Kläger schuldeten, was die Qualität ihrer Leistungen angeht, Dienste höherer Art. Das folgt schon ohne weiteres daraus, daß die Berufsausübung der steuerberatenden Tätigkeit eine besondere Ausbildung und fachliche Qualifikation voraussetzt.

Ob der zwischen den Klägern und der Beklagten geschlossene Vertrag rechtlich als dauerndes Dienstverhältnis zu werten ist, bedarf keiner Entscheidung. Es kann jedenfalls nicht davon ausgegangen werden, daß die Beklagte die Zahlung fester Bezüge versprochen hat. Im Vertrag vom 27. 3. 1990 ist ausdrücklich festgehalten, daß sich die Vergütung nach der Gebührenverordnung für Steuerberater bemesse. Damit ist zwischen den Parteien keine bestimmte Entlohnung für eine Gesamtdienstleistung vereinbart worden.

2. Der Vertrag mit einem Steuerberater stellt im übrigen ein typisches Vertrauensverhältnis dar, weil die besondere Vertrauenswürdigkeit zum Berufsbild gehört (BGH NJW 1986, 373, 374). Beruht ein Vertrag aber auf besonderem Vertrauen, so können beide Vertragsparteien bei ernstlicher Erschütterung oder sogar Fortfall der Vertrauensgrundlage auch dann kündigen, wenn die Voraussetzungen einer Kündigung aus wichtigem Grund nach den für alle Arbeits- und Dienstverhältnisse geltenden Vorschriften des § 626 BGB nicht erfüllt sind. **Eine ernstliche Erschütterung des Vertrauens kann aber schon durch unwägbare Umstände, auch durch rational nicht begründete Empfindungen ausgelöst werden** (BGH a.a.O.). Hier ist die bestehende Vertrauensgrundlage durch die Auseinandersetzungen über die Wirksamkeit des Steuerberatervertrages vom 27. 3. 1990 und über die Modalitäten einer etwaigen Vertragsaufhebung zerstört worden. Dabei kann dahinstehen, ob die Kläger den Streit

verursacht haben. Selbst wenn kein objektiver Grund in ihrer Person vorläge, muß die Freiheit der Beklagten, sich vom Vertrag zu lösen, angesichts des ganz auf dem persönlichen Vertrauen beruhenden Verhältnisses gewahrt bleiben.

3. **Das Kündigungsrecht der Beklagten nach § 627 BGB ist auch nicht wirksam abbedungen worden.** Im Gegensatz zu § 626 BGB, der einer Parteiendispotion entzogen ist, wird ein Ausschluß von § 627 BGB durch Parteiabrede grundsätzlich anerkannt (Palandt/Putzo, BGB, 50. Aufl., § 627 Rdn. 5). Die Parteien haben einen solchen Ausschluß auch ausdrücklich vereinbart. **In Formularverträgen kann § 627 BGB indessen nicht wirksam abbedungen werden** (BGH NJW 1989, 1479, 1480; OLG Koblenz, NJW 1990, 3153; LG Hamburg, MDR 1979, 1025; Senat, Urt. v. 16. 5. 1991 – 13 U 14/91; Sengelmann, StB 1985, 173, 174), **weil das mit dem wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung nicht zu vereinbaren ist** (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 AGBG).

Bei dem Vertrag vom 27. 3. 1990 handelt es sich – entgegen der Ansicht der Kläger – um einen Formularvertrag, der die Merkmale des § 1 AGBG aufweist. **Auch die maschinenschriftlich hinzugefügten Klauseln stellen, da sie für eine Vielzahl von Verträgen vorformuliert worden sind, Vertragsbedingungen im Sinne dieser Vorschrift dar.** Das ergibt sich schon daraus, daß weder die „Finanzbuchhaltung“ noch die „Lohnbuchhaltung“ Gegenstand des Vertrages der Parteien sind. Der Zusatz über die Pauschalvergütung betrifft ebenfalls nicht das vorliegende Vertragsverhältnis. Die Zahlung eines Pauschalhonorars ist unstreitig nicht vereinbart worden. Die Kläger legen auch nicht dar, daß sie den gesetzesfremden Gehalt der Bestimmung über den Ausschluß des § 627 BGB ernsthaft zur Disposition gestellt haben.

Unerlaubte Rechtsberatung

– Rechtsbeistand für Gesellschaftsrecht

(OLG Stuttgart, Urt. v. 6. 7. 1993 – 12 U 229/92)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Rechtsbeistand mit beschränkter Zulassung auf das Sachgebiet Gesellschaftsrecht ist nicht berechtigt, Rechtsberatung und Prozeßführung zum Pachtvertrag der von ihm beratenen Gesellschaft durchzuführen.
2. Unzulässige Rechtsberatung begründet einen Honoraranspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung, wenn der Dienstleister nicht bewußt und gewollt gegen das gesetzliche Verbot verstoßen hat und die Tätigkeit für den Leistungsempfänger einen „Wert“ gehabt hat.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Beklagten hat in der Sache Erfolg, während die zulässige unselbständige Anschlußberufung des Klägers, mit welcher er Zinsen ab einem früheren Zeitpunkt beansprucht, als unbegründet zurückzuweisen war.

I.

1. Unstreitig hat die Beklagte den Kläger in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsprüfer mit einer Überprüfung der wirtschaftlichen Anpassungsvoraussetzungen der von ihr der „B-Besitzgesellschaft“ geschuldeten Pachtzinsen für die Jahre 1986 bis 1988 beauftragt. Sie schuldet ihm dafür eine Vergütung. Den der Rechnung des Klägers vom 2. 5. 1991 über 1.630,20 DM zugrunde gelegten Zeitaufwand für die abgerechneten Arbeiten bestreitet die Beklagte gemäß ihrer Protokollerklärung vom 18. 5. 1993 nicht mehr. Einwände gegen die berechneten Stundensätze waren nie erhoben worden.
2. Die Beklagte zieht auch nicht in Zweifel, daß der Kläger eine Vergütung für die Vertretung der Beklagten in dem gegen sie angestrenzten Schiedsgerichtsverfahren wegen Auflösung der Gesellschaft zu beanspruchen hat. Der Höhe nach sind insoweit die geltend gemachten Gebühren (Rechnung v. 3. 12. 1991) unstreitig.

II.

Unbegründet ist jedoch der Gebührenanspruch des Klägers, den er für seine **Tätigkeit im Zusammenhang mit einem von der Beklagten** (unter ihrer früheren Firmenbezeichnung) **geschlossenen Pachtvertrag in dem anhängigen und durch Vergleich v. 20. 4. 1991 beendeten Schiedsgerichtsverfahren gegen die H-Besitzgesellschaft bürgerlichen Rechts geltend gemacht hat.**

Die vom Kläger gem. Rechnung v. 3. 7. 1991 beanspruchte Prozeßgebühr nebst Auslagen und MwSt. betrifft die für die Beklagte erhobenen **Klagen auf Herabsetzung der geschuldeten Pacht und auf Feststellung der Wirksamkeit des abgeschlossenen Pachtvertrages**. Insoweit hatte zwar der Kläger einen Auftrag zum Tätigwerden für die Beklagte durch deren damalige Geschäftsführer erhalten – in diesem Punkt folgt der Senat der Beweiswürdigung des Landgerichts –.

Der **damalige Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen den Parteien war jedoch gem. § 134 BGB nichtig** (BGHZ 37, 258 [262]; 50, 90 [92]; 70, 12 [17]), weil der Kläger als Rechtsbeistand mit einer auf das „Gesellschaftsrecht“ beschränkten Zulassung zu einer Rechtsberatung und Prozeßführung für die Beklagte auf dem Gebiet des von dieser abgeschlossenen Pachtvertrages nicht befugt gewesen war. Daß die Pachtangelegenheit begrifflich nicht dem „Gesellschaftsrecht“ zuzuordnen war, hat auch das Landgericht richtig gesehen. Der Begriff: „Gesellschaftsrecht“ ist als solcher auch nicht in der Weise auslegungsfähig, daß davon auch Geschäfte aus dem Tätigkeitsbereich einer Gesellschaft, für welche der Kläger rechtsbesorgend tätig war, mitumfaßt sein konnten.

1. Die aus diesem Grunde gegebene Nichtigkeit des Geschäftsbesorgungsvertrages bedeutete jedoch noch nicht ohne weiteres, daß damit jeder Zahlungsanspruch des Klägers für die im Rahmen dieses Vertrages ausgeübte Tätigkeit entfallen mußte.

Höchststrichterlich ist zwar geklärt (BGHZ 37, 262), daß in den Fällen des auf eine unzulässige Rechtsberatung und Vertretung in Rechtssachen gerichteten Geschäftsbesorgungsvertrages ein Aufwendungsersatzanspruch aus Geschäftsführung ohne Auftrag in der Regel zu verneinen ist, daß jedoch ein Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung in Höhe des Wertes der geleisteten Dienste jedenfalls dann in Betracht kommt, wenn der Dienstleistende nicht bewußt und gewollt gegen das gesetzliche Verbot verstoßen hat (BGHZ 50, 92).

Dafür besteht hier kein hinreichender Anhaltspunkt.

2. Ein Bereicherungsanspruch des Klägers ist hier jedoch zu verneinen, weil die Tätigkeit des Klägers wegen Mängeln der Leistung des Klägers für die Beklagte keinen „Wert“ gehabt hat, der eine „Bereicherung“ der Beklagten darstellen konnte; denn die vom Kläger für die Beklagte verfaßte und im April 1991 erhobene Klage gegen die H-Besitzgesellschaft bürgerlichen Rechts auf Herabsetzung der Pacht für das Jahr 1989 war, weil mit der vorliegenden vertraglichen Regelung unvereinbar, sachlich unbegründet und hat für die Beklagte keine Vorteile, sondern nur Nachteile in Form erheblicher Kosten gebracht. Deshalb kann der Kläger eine Vergütung für diese Leistung nicht beanspruchen.

.....

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 2, 1994)

Anwaltsnotar		Fristenkontrolle	
– Abgrenzung RA-Haftung	94, 40	– Fristenkontrollbuch	
Architektenhaftung		– Frist § 516 ZPO, 6 Mte	94, 39
– Wohnflächenbegrenzung	94, 28	– Telefax	
Bauherrenmodell		– Weisung an Bürokräft	94, 38
– Einkunftserzielungsabsicht	94, 19	– Weisung an Bürokräft	
– Rückkaufangebot		– Telefax	94, 38
Beweislast		Gewinnausschüttung, verdeckte –	
– unterlassene Aufklärung/Belehrung		– Zahlung für Kundenstamm	94, 28
– Beweisvermutung	94, 3	Honoraranspruch d. StB	
– Kausalität		– Aufrechnung	
– z. Pflichtverletzung u. Schaden	94, 4	– mit n. fälliger Honorarforderung	94, 14
– Zugang beim FA	94, 26	– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	
Erfüllungsgehilfe		– im Prozeßvortrag	94, 16
– Notar/Beteiligter	94, 2	– Erfüllung	
Feststellungsklage		– kein Verrechnungshinweis	94, 22
– künftiger Anspruch	94, 2	– Gebührenrahmen, § 11 StBGebV	94, 22
		– Mittelgebühr	94, 16

- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV		BGH v. 22. 10. 1992 - V ZR 112/92	94, 12
= Beweislast	94, 56	BGH v. 6. 5. 1993 - I ZR 183/91	94, 2
- Tilgung	94, 14	= StB 1993, 422	
= kein Verrechnungshinweis	94, 22	BGH v. 27. 5. 1993 - IX ZR 66/92	94, 29
- Unkostenpauschale, § 16 StBGebV		= WM 1993, 1513	
= jede Steuererklärung	94, 58	= NJW 1993, 2744	
- Zeitgebühr		= VersR 1993, 1244	
= Angabe § 13 StBGebV	94, 58	= DB 1993, 2326	
Kausalität		BGH v. 24. 6. 1993 - IX ZR 216/92	94, 40
- Beratungsfehler	94, 3	= WM 1993, 1889	
- Beweislast	94, 3	= DB 1993, 2327	
- Schutzzweck, Notarfehler	94, 37	= NJW 1993, 2747	
- Unterbrechung d. -	94, 36	BGH v. 30. 9. 1993 - IX ZR 73/93	94, 3
Mitverschulden		= WM 1994, 78	
- Rechtsmittel, unterlassenes	94, 40	= NJW 1993, 3259	
Notar		= DB 1993, 2373	
- Anwaltsnotar		BGH v. 28. 10. 1993 - VII ZB 21/93	94, 39
= Abgrenzung RA-Haftung	94, 40	BGH v. 28. 10. 1993 - VII ZB 22/93	94, 38
- Belehrungspflicht			
= Genehmigungspflicht , § 12 GrdstVG, § 19 BBauG	94, 2	OLG Düsseldorf v. 12. 3. 1992 - 13 U 152/91	94, 24
= Vormerkungswirkung	94, 29	OLG Düsseldorf v. 17. 12. 1992 - 13 U 98/92 - rkr.	94, 22
- Beweislast		OLG Düsseldorf v. 11. 3. 1993 - 13 U 123/92	94, 56
= Kausalität Notarfehler/Schaden	94, 35	OLG Düsseldorf v. 29. 4. 1993 - 13 U 188/92	94, 19
- Prüfungspflicht		OLG Düsseldorf v. 6. 5. 1993 - 13 U 86/91	94, 16
= Vertretungsvollmacht	94, 29	OLG Düsseldorf v. 27. 5. 1993 - 13 U 201/92	94, 58
Prüfungspflicht		OLG Düsseldorf v. 15. 7. 1993 - 13 U 245/92	94, 14
- d. Jahresabschlusses		OLG Köln v. 16. 6. 1993 - 11 U 37/93	94, 28
= nach Umwandlung	94, 24	= AfF 1993, 1188	
Rechtsberatung		OLG München v. 16. 12. 1992 - 7 U 5553/92	94, 28
- Abwicklung d. nichtigen Rechtsberatungsvertrages		= NJW 1993, 2447	
= Honoraranspruch	94, 62	OLG Stuttgart v. 6. 7. 1993 - 12 U 229/92	94, 62
- Honorarrückzahlung	94, 62		
- Kindergeldsache	94, 26	LG Darmstadt v. 17. 12. 1992 - 9 O 170/92	94, 28
- Rechtsbeistand		= NJW 1993, 2448	
= Gesellschaftsrecht/Pachtvertrag	94, 62		
Schaden			
- Wohnraum, steuerbegünstigt		FG Köln v. 15. 2. 1993 - 3 K 3432/92	94, 26
= Architektenhaftung	94, 28	= LEXINFORM 0102894	
Steuerberaterkammer		= Steuerelex: 4418	
- Merkblatt, Lohnsteuerberatung	94, 2	FG Saarland v. 30. 3. 1993 - 1 K 168/92	94, 28
Steuerberatungsvertrag		= StB 1993, 301	
- Auflösung d. -			
= fristlose Kündigung, § 627 BGB	94, 58	LSG Rheinland-Pfalz v. 22. 7. 1993 - L 6 Sb 46/93	
- Formularvertrag		= StB 1993, 423	
= Kündigungsrecht	94, 58		
- Kündigung, § 627 BGB	94, 58		
Streitverkündung			
- Verjährungsunterbrechung	94, 54		
Telefax			
- Anweisung an Bürokräft	94, 38		
- Zugangsnachweis	94, 28		
Unterbrechung der Verjährung, § 209 BGB			
- Streitverkündung	94, 54		
Unterschrift			
- Klageschrift	94, 12		
Verjährung, § 51 BRAO			
- Belehrung über Fehler u. Verjährungsvorschrift,			
Sekundäranspruch			
= Anlaß zur Belehrung	94, 53		
= neues Mandat	94, 53		
Verjährung (§ 852 BGB, § 19 BNotO)			
- Feststellungsinteresse, künftiger Anspruch	94, 2		
- Kenntnis d. Schadens			
- Verjährungsbeginn			
= Schadenentstehung	94, 51		
Zugang			
- Beweis d. -			
= d. Telefax	94, 26		
BGH v. 15. 10. 1992 - IX ZR 43/92	94, 2		
= VersR 1993, 358			
= WM 1993, 251			